Sonnabend, 10. September 1932
Nr. 205. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Wochenend-ausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Zum Lohnraub auch noch Lebensmittelwucher

Vor einer Agrarverordnung mit Einfuhrkontingentierung
Wieder Roggenvernichtung mit Hilfe des Reiches

Berlin, 9. September.

Der Reichskanzler wird am Freitag die Vertreter der Grünen Front empfangen. Die Großagrarier werden eine Reihe von Forderungen für die „Ergänzung des Wirtschaftsplanes" vortragen, wobei es sich bekanntlich um die Einführung von Einfuhrkontingenten und um eine schnelle Zinssenkung handelt. Daneben werden die Vertreter der grünen Front auch die Forderung erheben, eine Margarinesteuer einzuführen, um den Verbrauch heimischer Butter zu steigern. Die drohende Belastung der Konsumenten soll aufgewoggen werden durch eine Senkung oder Beseitigung der Zuckersteuer bzw. der Schlachtsteuer. In diesem Zusammenhang ist bedeutungsvoll, daß die zuständigen Reichsstellen bisher die Absicht der Einführung einer Margarinesteuer dementiert haben. Ob dieses Dementi allerdings endgültig sein wird, bleibt abzuwarten.

Da die Herren der „grünen Front" heute, im Zeitalter des Junkerkabinetts, die wirkliche Regierungspartei darstellen, so ist ohne weiteres anzunehmen, daß ihre Forderungen in irgendeiner Form durchgeführt werden. Wie berichtet wird, hat sich Herr von Papen auch Hugenberg gegenüber dahingehend erklärt, daß er zur grundsätzlichen Einführung von landwirtschaftlichen Kontingenten bereit sei.

Die in diesen Fragen gut orientierte „Landwirtschaftliche Wochenschau" weiß zu melden, daß

der Reichskanzler schon am Montag im Reichstag sein landwirtschaftliches Wirtschaftsprogramm bekanntgeben werde.

Auch die Nazis wollen bei dieser Gelegenheit ihre „Freundschaft zur Landwirtschaft" beweisen. Man verbreitet von München aus folgende Meldung:

„Der landwirtschaftliche Sachverständige der NSDAP, Walther Darré, hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er „als verantwortlicher nationalsozialistischer Agrarpolitiker" gegen das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung protestiert. Darré behauptet, daß das Programm „jedes Verständnis für die wahre Lage der deutschen Landwirtschaft vermissen lasse" und eine tiefe Enttäuschung unter der Landbevölkerung hervorgerufen habe.

In einem weiteren Telegramm an den Reichsernährungsminister Freiherrn v. Braun fordert Darré „im Auftrage von Millionen deutscher Bauern und Landwirte" den Rücktritt des Ministers."

Vorsichtig und demagogisch, wie die Nazis sind, erklären sie nicht, was sie „für die Landwirtschaft" fordern, sie befürchten sonst in Kollision zu ihren augenblicklich bei ihnen im Vordergrund stehenden „sozialistischen und sozialen" Forderungen zu kommen. Aber sicher ist, daß die NSDAP den Agrarzollwucher unterstützen wird.

Die Kontingentspläne, das heißt die Einfuhrsperre für Agrarprodukte gefährdet jedoch den ganzen Industriexport, weil das Ausland sofort mit Absperrungsmaßnahmen antworten wird. Deshalb sind zur Zeit wieder alle Kreise des Handels und der Industrie auf den Beinen, um durch Petitionen bei der Reichsregierung gegen diese Pläne Protest einzulegen. Es sollen darüber scharfe Gegensätze im Kabinett entstanden sein.

Aber daß den Großagrariern auf jeden Fall „geholfen" wird, zeigt folgende Meldung:

Die neue Roggenstützungs-Aktion

Berlin, 8. September.

WTB. Die Vorarbeiten für die bereits angekündigte Aktion zur Entlastung des Roggenmarktes sind beendet. Die deutsche Getreidehandelsgesellschaft wird künftig in allen Roggenüberschußgebieten, in denen es die Marktlage erfordert, Roggen zu marktgemäßen Preisen kaufen. Die aufgekauften Roggenmengen sollen sofort der Verfütterung zugeführt werden. Der Roggen wird cosiniert, frachtfrei der im nordwestdeutschen Schweinemastgebiet gelegenen Empfangs-Reichszollbahnstationen zum Preise von 140 RM. je Tonne, cif Küstenhafen des Mästereigebietes zu 137 RM je Tonne abgegeben.

Da[illegible] wieder ungeheure Mengen von Roggen vernichtet, um die ungeheuerlichen Wucherpreise für Brotgetreide aufrecht zu erhalten und zu steigern. Dafür werden noch ungezählte Millionen Reichsgelder verpulvert.

*

Das ist die andere Seite des Papen-Wirtschaftsprogramms. Einerseits wird den Arbeitern bis zur Hälfte des Lohnes abgebaut, andererseits werden ihnen die Lebensmittel noch mehr verteuert. „Aufbau" nennt das die „christliche" Papen-Regierung.

„Rote Fahne" für 1 Monat verboten

Berlin, 8. September.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 wird die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Rote Fahne" mit Wirkung vom 9. September bis zum 6. Oktober 1932 einschließlich wegen schwerer Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung der Reichsregierung in der Nr. 183 vom 8. September d. J. im Artikel „Rüstung gegen das Volk" verboten.

*

Das Verbot einer Tageszeitung, des Zentralorgans der KPD, auf eine so unerhört lange Zeit ist ein besonders skandalöses Beispiel für die Unterdrückung der Pressefreiheit. Gegen diesen Terror müssen die Arbeiter ohne Unterschied der Parteieinstellung einmütig schärfstens protestieren!

*

WTB. Erfurt, 7. September.

Der Oberpräsident von Sachsen hat die hier erscheinende kommunistische Tageszeitung „Thüringer Volksblatt" auf vierzehn Tage verboten, „weil in mehreren Artikeln dieser Zeitung die thüringische Regierung und Mitglieder der Reichsregierung beschimpft und böswillig verächtlich gemacht worden sind".

Politische Empfänge

Berlin, 8. September.

CNB. Wie wir erfahren, empfing der Reichspräsident den Reichskanzler zum Vortrag. Bei dieser Gelegenheit wurde natürlich die gesamte innerpolitische Lage besprochen.

CNB. Reichskanzler von Papen empfing im Anschluß an seinen Besuch beim Reichspräsidenten heute mittag den Reichstagspräsidenten Göring.

Für überparteiliche proletarische Solidarität!

An die Mitglieder und Freunde der Sozialistischen Arbeiter-Partei!

Genossinnen und Genossen!

Der faschistische Terror in Deutschland verschärft sich von Tag zu Tag. Es vergeht kein Tag mehr, wo nicht die Bomben der faschistischen Mordbuben krachen, wo Revolver, Schlagringe und Dolch in den Händen der faschistischen Mörder klassenbewußte Arbeiter niederstrecken.

Mehr als 100 Tote, mehr als 1200 verwundete Arbeiter seit der Aufhebung des SA-Verbots

— das ist die Bilanz von zwei Monaten des faschistischen Terrors.

Die bürgerliche Klassenjustiz, die bürgerliche Polizei, die sich ohnmächtig erweisen gegenüber dem faschistischen Terror, sie treffen mit um so größerer Schärfe das klassenbewußte Proletariat. Nach Zehntausenden zählt die Zahl der Arbeiter, die in Deutschland alljährlich angeklagt werden, und mehr als 6000 Proletarier sitzen hinter Kerkermauern, weil sie für ihre Klasseninteressen kämpften.

Die Notverordnungen legen den proletarischen Organisationen immer härtere Fesseln an.

Sondergerichte und Todesstrafen

drohen den antifaschistischen Kämpfern, die sich gegen den faschistischen Terror zur Wehr setzen. Der Strafvollzug wird verschärft, die Festungshaft praktisch der Gefängnisstrafe gleichgemacht.

Und wie in Deutschland, ist es in der ganzen kapitalistischen Welt. Ueberall verschärft sich der Polizei- und Faschistenterror, überall schlägt die bürgerliche Klassenjustiz die Freiheitskämpfer mit brutaler Härte. In Ungarn wurden die revolutionären Kämpfer **Salley und Fürst** standrechtlich gehenkt, 33 revolutionären Arbeitern droht das gleiche Schicksal. In China wurden **Paul und Gertrud Ruegg** zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, in Indien wurde Manabondra Nath Roy auf zwölf Jahre ins Zuchthaus geworfen. In Amerika schmachten Mooney und Billings seit 16 Jahren unschuldig im Zuchthaus. Die Zahl der politischen Gefangenen in der kapitalistischen Welt geht in die Zehntausende, die Zahl der Opfer des Terrors in die Hunderttausende.

Der faschistische Terror und die bürgerliche Klassenjustiz aber bedrohen alle klassenbewußte Arbeiter ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit und der parteipolitischen Gesinnung, ja alle fortschrittlich Gesinnten überhaupt.

Die Attentate und Morde der Faschisten treffen Sozialdemokraten, Kommunisten, SAPD-Genossen, Reichsbannerkameraden, Schutzbündler und Antifaschisten,

ja in zunehmenden Maße sogar nichtfaschistische Bürgerliche. Auch unter den Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz befinden sich Angehörige aller proletarischen Organisationen und radikale Intellektuelle, wie Carl von Ossietzki. Das geplante Verbot proletarischer Organisationen soll nicht nur die KPD und die mit ihr sympathisierenden Organisationen, sondern auch den Deutschen Freidenker-Verband und die Deutsche Friedensgesellschaft treffen. Der Faschismus aber will die Zertrümmerung aller Arbeiterorganisationen, vor allem der freien Gewerkschaften.

Darum ist mehr als je eine wirklich überparteiliche Hilfsorganisation notwendig, die allen Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz und des faschistischen Terrors in gleicher Weise hilft und die allen antifaschistischen Arbeitern und allen freiheitlich Gesinnten ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit in gleicher Weise offensteht. Die Rote Hilfe, die einmal eine solche überparteiliche Hilfsorganisation war, hat durch den Ausschluß und die Maßregelung oppositioneller Kommunisten sowie durch ihr Verhalten in einer Reihe von Fällen, wo oppositionelle Kommunisten und Revolutionäre von der bürgerlichen Klassenjustiz angegriffen wurden, die Ueberparteilichkeit aufgegeben.

Demgegenüber hat die seit 1924 bestehende Internationale Hilfs-Vereinigung durch ihr praktisches Wirken den tatsächlichen Beweis erbracht, daß sich diese Organisation von dem Gedanken der Ueberparteilichkeit leiten läßt. Es ist auch in Verhandlungen vereinbart worden, daß in die Hauptverwaltung, wie auch in die Leitungen der Bezirke und Ortsgruppen, befähigte und arbeitswillige SAPD- und SJV-Genossen herangezogen werden.

Wir fordern deshalb unsere Mitglieder und Freunde auf, sich der IHV anzuschließen, für sie zu werben und alle Kräfte anzuspannen, um sie zu einer von der ganzen Arbeiterklasse getragenen proletarischen Hilfsorganisation zu machen, die allen Opfern des Befreiungskampfes Hilfe bringt.

Die Verwirklichung dieser Aufgabe ist auch ein wichtiger Schritt zur Schaffung der proletarischen Einheitsfront im Kampfe gegen Faschismus und Reaktion.

Es lebe die überparteiliche proletarische Solidarität!

Berlin, den 30. August 1932.

Der Parteivorstand der SAPD
Die Hauptverwaltung der IHV

Papen — Hitler

Der Kampf um die Macht

„Die Hauptsache wurde von den Drahtziehern mit Hilfe Hitlers erreicht: die politische und soziale Reaktion hat sich etabliert. Potsdam hat wesentliche Punkte zurückgewonnen. Den Junkern und Großkapitalisten kommt es auf eine Handvoll nicht an; weder auf eine Handvoll Monarchie, noch auf eine Handvoll Republik; sie finden sich mit beiden ab, wenn die Forderungen der politisch, wirtschaftlich und sozial Bevorrechteten erfüllt und die Errungenschaften der sozialen Reform rückgängig gemacht werden."

Mit diesen Worten kennzeichnet der bürgerliche Schriftsteller Adam Röder sehr treffend die gegenwärtige Situation. Die Regierung Papen, die reaktionärste, die es je in Deutschland (mitgerechnet die Zeiten der Monarchie) gegeben hat, hält sich nicht bei Formalitäten und Nebensächlichkeiten auf, sie geht aufs ganze. Man muß ihr bescheinigen, daß sie umfassende und gründliche Arbeit leistet.

Was dieser Regierung und den hinter ihr stehenden Kreisen das Wesentliche ist, das hat seinen Ausdruck gefunden in der letzten groben Notverordnung, in dem Memorandum über die Neugestaltung der deutschen Wehrmacht und in der Besetzung aller entscheidenden Machtposition mit zuverlässigen Reaktionären. Neue Offensive des Kapitals auf Kosten der Masse der Bevölkerung, Erneuerung des deutschen Militarismus mit dem Ziele der Wiederherstellung der deutschen Weltmachtgeltung und reibungsloses Funktionieren des gesamten Staatsapparates im Interesse der herrschenden Klasse — das sind die groben Ziele, für die diese Regierung arbeitet.

Der Staat ist das Instrument der herrschenden Klasse, um die Ausbeutung der beherrschten Klasse aufrechtzuerhalten, um dafür zu sorgen, daß oben bleibt, was oben ist, und unten bleibt, was unten ist. Er ist heute das Hilfsmittel des von der Krise bedrohten Kapitalismus, um sich über Wasser zu halten. Was wäre etwa die Eisenindustrie ohne die Hilfe des Staates? Die Reichsbank diskontiert die Russenwechsel. Die Reichsbahn ist die größte Auftraggeberin und der Eisenzoll sichert die Höhe der Preise. Und so ist es in vielen Industriezweigen. Was vor einem Jahr beim Bankenkrach für die Banken sich zeigte, gilt heute fast für die ganze deutsche Wirtschaft — die neue Notverordnung zeigt das deutlich:

Der krisenkranke Kapitalismus lebt nur noch mit Unterstützung des Staates.

In kritischen Zeiten müssen alle Machtmittel konzentriert werden in einem einheitlichen Staatsapparat. Daher konnte Papen den Dualismus Preußen-Reich nicht dulden, muß er durch seine Verwaltungsreformen den Staatsapparat vereinheitlichen. Im Ausnahmezustand geht die Befehlsgewalt über die Polizei auf die Reichswehrkommandeure über, um einheitliche Aktionen zu gewährleisten. Genau dasselbe, was im Ausnahmezustand für die bewaffnete Macht gilt, tut Papen jetzt in der Verwaltung. Er versucht im Interesse der kapitalistischen Machtbehauptung die Verwaltung zu vereinheitlichen, um sie zur jederzeit schlagkräftigen Waffe zu machen.

1871 faßte Bismarck zwei Dutzend Länder und Ländchen durch die Gründung des Deutschen Reiches zusammen: es war eine historische Notwendigkeit für die Entfaltung des deutschen Kapitalismus. Heute ordnet Papen Preußen der Reichsgewalt unter: der Kapitalismus ist altersschwach geworden, er braucht eine kräftige Stütze, die nicht in zwei Teile zerbricht, wenn er sich auf sie stützt.

Man muß anerkennen, Papen führt seine Aufgabe mit großer Energie durch, ohne sich um die Einsprüche untergeordneter Interessenten zu kümmern. Dreizehn Jahre lang haben die konservativen Ostelbier ausgeruht, jetzt schaffen sie unter Aufbietung aller Tatkraft und Energiereserven. Die konservative Bürokratie war seit 1918 nie so stark wie jetzt. Leider können wir nicht von Deutschland sagen, was Viktor Adler vor dem Krieg von Oesterreich sagte: Es regiert der Absolutismus, „gemildert durch Schlamperei". Nein, man muß es den Herren schon lassen: die Staatsmaschine ist gut geölt, sie arbeitet spielend. Sondergerichte, Pressezensur, Rundfunk usw funktionieren!

Es wurde Papen zum Vorwurf gemacht, er hätte keine Partei, sondern nur einen Herrenklub hinter sich. Jedenfalls verfügt der Herrenklub über großen Einfluß: 180 000 Stahlhelmer ließ er am Sonntag vor sich im Paradeschritt vorbeimarschieren. Die Partei des Herrenklubs und der kaiserlichen Prinzen marschiert. Wenn es zu Neuwahlen kommen sollte: Eine Papenpartei dürfte gute Aussichten haben. Das Kunststückchen, Steuerquittungen in Geld zu verwandeln, hat Papen die Hetzen der Bourgeoisie erobert. Mancher Grünkramhändler, der ehedem Wirtschaftspartei, mancher Beamte, der ehedem Volkspartei wählte und am 31. Juli es mal mit Hitler versuchte, steht heute hinter Papen. Vor etwa einer Woche wurde hier dargestellt, wie Präsident Hoover in USA eine künstliche Hausse inszenierte, um eine gute Wahlstimmung zu erzeugen. Es hat einiges für sich, anzunehmen, daß Herr von Papen mit ähnlichen Absichten spielt: Wenn es ihm gelingt, die Stimmenzahl der NSDAP um 15 Prozent zu vermindern, wäre die „nationale Parlamentsmehrheit" Zentrum-NSDAP zunichte gemacht und Papen hätte den „arbeitsunfähigen" Reichstag, den er für sein autaritär-konservatives Regime braucht.

Wir wissen nicht, wie das Spiel der Intrigien im einzelnen ausgehen wird. Für das Proletariat kann sich daraus relativ nur wenig ändern. Vielleicht hat das Proletariat durch die Uneinigkeit seiner Gegner noch eine Chance, seine Kräfte zu sammeln. Es gilt, sie zu nutzen!

Wie kann der Faschismus geschlagen werden? Der Faschismus in seiner zweierlei Gestalt ist nur zu schlagen durch eine allgemeine Volksbewegung, die sich entzündet an den Gegensätzen des kapitalistischen Systems. Die bloße organisatorische Einheitsfront von KPD bis SPD — wiewohl sie eine Vorbedingung ist — genügt nicht zur Eroberung der Macht. Auch die besten proletarischen Wehrorganisationen genügen allein nicht. Erst wenn sich die ganze Kraft der proletarischen Organisationen — organisatorisch und ideologisch — auf die Verwirklichung des Sozialismus in Deutschland konzentriert als dem einzigen Ausweg aus Barbarei und Arbeitslosigkeit, werden wir die allgemeine Volksbewegung werden, vor der der Gegner im Kampf weichen muß. Eine Binsenweisheit? Es gibt Selbstverständlichkeiten, die man nicht oft genug wiederholen kann!

Die Sozialdemokratie betreibt heute mit ihren „Sozialisierungsanträgen" dieselbe Irreführung des Proletariats, wie bei den kümmerlichen Versuchen nach der Revolution. Die erste Voraussetzung des sozialistischen Aufbaus ist und bleibt die Enteignung des Privateigentums an den großen Produktionsmitteln. Alles andere ist Staatskapitalismus.

Es gilt, den Aufbau des Sozialismus als konkretes Programm auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion zu stellen. Das ist die wichtigste Aufgabe der Sozialisten in der gegenwärtigen Situation. Keine allgemeinen theoretischen Abhandlungen, sondern sachlich und praktisch den sozialistischen Ausweg aus der Krise zeigen, zeigen: wie kann in Deutschland der Sozialismus aufgebaut und der Kapitalismus samt Krankenbett und Aerzten beseitigt werden. Wenn alle propagandistischen Kräfte für ein solches Programm eingesetzt werden, ist die nationalsozialistische Bewegung in kürzester Frist wirklich gespalten.

Die SAZ berichtete vor kurzem von einer sehr zustimmenden Erklärung des Grafen Reventlow zu den Sozialisierungsanträgen der SPD. Inzwischen scheint die antikapitalistische Richtung in der NSDAP wesentlich Boden gewonnen zu haben. Die Opposition der Nationalsozialisten gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen wird mit einer Schärfe und in einer Tonart geführt, die alle bisherige Anpassung an die Empfindungen der antikapitalistischen Wählerschichten der NSDAP weit übertreffen. Es ist die innere Schwäche des Nationalsozialismus, daß er die widerstrebendsten Interessen des proletarisierten Mittelstandes und der arbeitslosen Jugend vereinigen will mit denen des noch besitzenden Kleinbürgertums und der Großbourgeoisie. Ueber die daraus erwachsenden Schwierigkeiten sind sich auch die nationalsozialistischen Führer klar. Wie die Hugenberg-Presse heute meldet, hat in einer Unterredung zwischen Hitler und Göring Uebereinstimmung darüber geherrscht, daß die Opposition der Nationalsozialisten gegen das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wesentliche Teile des Bürgertums, die zuletzt nationalsozialistisch gewählt haben, wieder von der Partei wegführen könne. Man glaube aber in nationalsozialistischen Kreisen, diesen Verlust aus grundsätzlichen Erwägungen in Kauf nehmen zu müssen und hoffe darüber hinaus, durch eine besonders starke Betonung des sozialistischen Elements der nationalsozialistischen Bewegung große Erfolge bei den Arbeitermassen der Linken erzielen zu können, sodaß im ganzen die Mandatszahl im neuen Reichstage nicht geringer, sondern größer sein würde.

Angesichts des Versagens der beiden großen Arbeiterparteien ist diese neue Agitationswelle der NSDAP durchaus nicht leicht zu nehmen. Sie kann zu einer Gefahr für die Arbeiterbewegung werden — sie ist auch eine Chance für die Arbeiterbewegung, wenn wir verstehen, die immer stärker werdenden antikapitalistischen Stimmungen weitester Volkskreise so, wie wir es oben andeuteten, zu einer Volksbewegung für den revolutionären Sozialismus zu machen. Hier, und nicht etwa im Wettstreit mit den nationalistischen Tendenzen der NSDAP, ist der Hebel einzusetzen.

Es ist heute leichter, Hitler zu schlagen als Papen. Ja, man muß geradezu sagen: erst muß die nationalsozialistische Bewegung durch den Sozialismus zersetzt worden sein, bevor mit wirklichem Erfolg der Kampf gegen die Regierung der Bürokratie, der Reichswehr und des Herrenklubs geführt werden kann.

Gewerkschaftsführer beim Arbeitsminister

Immer, wenn die Regierungen eine neue Unterdrückungs- und Ausbeutungsaktion großen Stils gegen die Arbeiter durchführen, laden sie die Spitzen der Gewerkschaften „zur Aussprache". Bei diesen mit salbungsvollen Reden gespickten Aussprachen wird niemals auch nur ein Deut an dem jeweiligen Scharfmacherprogramm geändert. Der einzige Zweck dieser „Aussprachen" ist, die Massen, denen das Fell über die Ohren gezogen wird, zu täuschen und zu „beruhigen". Den Gewerkschaften und Arbeitern wird durch den Empfang ihrer Organisationsvertreter vorgetäuscht, wie ernst man sie nimmt. Dabei dürfen dann die Gewerkschaftsführer ihre Wünsche und Forderungen sogar in sehr radikalen Worten vortragen. Der Herr Minister „nimmt sie zur Kenntnis". Anderseits wird auf die sich dabei meist sehr „geehrt" und „staatsmännisch" fühlenden Gewerkschaftsführer eingewirkt, daß sie „angesichts der unabänderlichen Sachlage" beruhigend auf die Massen wirken und sie von „unüberlegten" Schritten abhalten.

Zu diesem Zweck hat auch die Papen-Regierung, nachdem sie ihre Lohnraubverordnung erlassen hat, die Gewerkschaftsvertreter durch den Reichsarbeitsminister empfangen lassen. Ueber diesen Empfang wird folgende Meldung verbreitet:

VDZ. Berlin, 8. September.

Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer empfing am Donnerstag die Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften aller drei Richtungen. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. von gewerkschaftlicher Seite hört, ist es dem Reichsarbeitsminister nicht gelungen, die schweren Bedenken zu zerstreuen, die seitens der Gewerkschaften gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung geäußert worden sind.

Die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen legten gegen die Maßnahmen der Reichsregierung schärfste Verwahrung ein und erklärten, daß sie mit jedem nur zulässigen Mittel dagegen Widerstand leisten würden.

Außerdem wurde von einzelnen Gewerkschaftsvertretern der Einbruch in das geltende Arbeits- und Tarifrecht durch Notverordnung als eine Verletzung der Reichsverfassung bezeichnet und in Aussicht gestellt, daß man auf dem Rechtswege (!) dagegen vorgehen würde.

Der Minister versicherte, daß die Reichsregierung durchaus die Interessen der Arbeiter und Angestellten bei der Durchführung der Notverordnung im Rahmen des irgendwie Möglichen berücksichtigen werde, und daß schließlich alle diese Maßnahmen doch nur den Zweck verfolgten, die Arbeitslosigkeit zu mildern und die Institutionen der deutschen Sozialpolitik und Sozialversicherung über die Krise hinwegzubringen. (Ist das nicht wunderschön und unübertrefflich salbungsvoll?)

Die Gewerkschaftsvertreter führten demgegenüber aus, daß das eigentliche Ziel der Regierungsmaßnahmen, die Deflation zu beenden und die Wirtschaft durch Erweiterung des Konsums zu beleben, durch den sozialpolitischen Teil ihrer eigenen Maßnahmen zunichte gemacht werden müsse. In mehrstündiger Beratung wurden sodann Einzelheiten des Umfanges des sozialpolitischen Teiles der Notverordnung für die Durchführung in der Praxis erörtert.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer hat dann noch den Vorschlag gemacht, eine Kommission der Gewerkschaften zu bilden, die bei der Durchführung der sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung mitwirken soll. Die Vertreter der Freien Gewerkschaften haben sich ihre Stellungnahme zu diesem Vorschlage noch vorbehalten, die übrigen Gewerkschaftsvertreter haben dem Vorschlage zugestimmt.

Daß die Arbeiterklasse gegen jede „Mitarbeit" ihrer Organisationen an der Durchführung dieser Sklavenverordnung auftreten und sie mit allen Mitteln verhindern muß, bedarf keiner Begründung. Aber sie muß darüber hinaus erzwingen, daß statt dieser nutzlosen, ja schädlichen Schwätzereien beim Minister endlich von der Gewerkschaftsführung der breiten Mitgliedermasse klipp und klar gesagt wird, welche unmittelbaren, außerparlamentarischen Kampfmaßnahmen unter Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel getroffen und durchgeführt werden.

Auch die Spinner streiken

Ausdehnung des englischen Textil-Streiks

Manchester, 8. September.

WTB. Die vom Verband der Baumwollarbeiter veranstaltete Abstimmung über die von den Unternehmern vorgeschlagene Lohnkürzung ergab 30991 Stimmen für die Einstellung der Arbeit und 1518 dagegen. Der Verband umfaßt 44 000 Mitglieder. Die Unternehmer hatten eine Lohnkürzung von 2 Shilling 9 Pence auf je ein Pfund Sterling Verdienst vorgeschlagen und eine Frist bis zum 17. d. M. zur Beantwortung ihres Vorschlages gestellt. Die Spinnereiarbeiter beabsichtigen nicht, einen Streik zu proklamieren und würden, wenn die Unternehmer auf ihrem Vorschlag beharren sollten, die Arbeitseinstellung als Aussperrung und nicht als Streik ansehen.

Es handelt sich hier nur um einen Teil der über 200 000 englischen Baumwollspinner. Die 95prozentige Streikmehrheit zeigt die ungeheure Erbitterung und Kampfstimmung der Textilarbeiter.

Kein Wunder, daß die Regierung, wie auch neuere Meldungen besagen, alle Anstrengungen macht zu neuen Verhandlungen, um den Riesenkampf mit einem faulen Kompromiß abzuwürgen.

Zum Niederschlesischen Metallarbeiterstreik

Der Niederschlesische Metallarbeiterstreik hat insofern eine weitere Ausdehnung erfahren, als am Freitag Vormittag die 150 Mann starke Belegschaft der Ofenfabrik „Immerbrand" in Jauer in den Streik trat.

In Bunzlau hat die Belegschaft des Metallbetriebes Breitenfeld nach zweitägigem Streik die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen, nachdem sich der Unternehmer bereit erklärte, auf den 4%igen Lohnabzug zu verzichten und bis zu einer endgültigen Regelung mit den Gewerkschaften den alten Lohn weiter zu bezahlen. Dasselbe ist von der Teula-Hütte und 6 weiteren Betrieben zu verzeichnen. Eine größere Anzahl von Unternehmern der Metallindustrie haben die Anrechnung des Arbeitgeberverbandes überhaupt nicht befolgt und zahlen den alten Lohn weiter. Dort wird selbstverständlich nicht gestreikt.

Das alles sind Beweise dafür, daß es möglich ist, trotz Krise erfolgreiche Wirtschaftskämpfe zu führen. Für alle übrigen Streikenden ein Ansporn, geschlossen und diszipliniert im Kampfe auszuharren bis zum vollen Erfolg.

Landtagsausschuß für Amnestie

Die SPD dagegen!

Berlin, 8. September.

Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtags hat seit der Reichstagswahl mehrere Sitzungen abhalten müssen, in denen er über 250 Gnadensachen beraten hat. Im Laufe der Donnerstag-Sitzung dieses Ausschusses verlangten die Kommunisten außerhalb der Tagesordnung Annahme eines Antrages, wonach das Staatsministerium ersucht werden soll, von der Strafvollstreckung derjenigen Straftaten vorläufig Abstand zu nehmen, auf welche die im Juli d. J. versuchte Amnestie Anwendung gefunden hatte. Der Antrag wurde damit begründet, daß das Justizministerium in diesen Fällen inzwischen die Durchführung der Strafvollstreckung angeordnet habe.

Abg. Dr. Korintenberg (Ztr.) erhob gegen die Zuständigkeit des Ausschusses in dieser Frage ohne vorherige Beauftragung durch das Landtagsplenum Bedenken. Der kommunistische Antrag wurde aber von den Nationalsozialisten unterstützt und fand Annahme mit 13 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten gegen 12 Stimmen des Zentrums, der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten.

Rittergutsbesitzer begünstigt Nazi-Mörder

Königsberg, 8. September.

Im Zusammenhang mit den Vorgängen vom 1. August, an dem bekanntlich durch mehrere politische Attentate der kommunistische Stadtverordnete Sauff ermordet, ein sozialdemokratischer Chefredakteur und mehrere andere linksgerichtete Personen sowie der in Ruhestand versetzte Regierungspräsident Dr. von Bahrfeldt zum Teil schwer, zum Teil leichter verwundet und Bombenanschläge in verschiedenen Stadtteilen begangen wurden, ist heute der Rittergutsbesitzer von Perbandt aus Pomedien auf Schloß Langendorf bei Tapiau auf Grund eines Haftbefehls des Oberstaatsanwalts in Untersuchungshaft genommen und sein Privatkonto sichergestellt worden.

Zu der Verhaftung teilt die Justizpressestelle mit, daß von Perbandt unter dem dringenden Verdacht stehe, zwei Tätern der Verbrechen vom 1. August Begünstigung geleistet zu haben. Ferner seien zwei weitere Verhaftungen erfolgt, doch könnten Mitteilungen hierüber nicht gegeben werden, um den Gang der Ermittlungen nicht zu stören und deren Ergebnis nicht zu gefährden.

Preußische Koalitionsverhandlungen gehen weiter

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, werden die Koalitionsbesprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen heute fortgesetzt. Vom Ausgang dieser Verhandlungen hängt es ab, ob das Landtagsplenum, das bisher für den 21. September einberufen ist, vor diesem Termin zusammentreten kann. Sollten die Verhandlungen ein positives Ergebnis haben, dann ist mit früherer Einberufung des Landtagsplenum zu rechnen, wobei als einziger Punkt auf die Tagesordnung käme „Neuwahl des Ministerpräsidenten". Bei den Koalitionsbesprechungen werden die Querverbindungen zwischen Preußen und Reich fortlaufend aufrechterhalten. So habe heute der Landtagspräsident Kerrl, ein maßgeblicher Vertreter der Nationalsozialisten in den Koalitionsverhandlungen, eine Aussprache mit dem Reichstagspräsidenten Goering, der die Nationalsozialisten bei den Verhandlungen im Reich wesentlich mitvertritt.

Ausländische Sozialdemokraten kritisieren die SPD

I

Die sozialdemokratische Presse liebt es, von Zeit zu Zeit ihren Lesern Artikel ausländischer Sozialdemokraten vorzusetzen, in denen der deutschen Sozialdemokratie das höchste Lob für ihre weise Taktik und weitschauende Politik ausgesprochen wird. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen den Eindruck bekommen, daß die deutsche Sozialdemokratie noch heute wie in der Vorkriegszeit in der ganzen Welt bewundert und als Vorbild der internationalen Arbeiterbewegung betrachtet werde. Auf diese Weise sollen die Zweifel, die sich seit langem im Herzen vieler sozialdemokratischer Arbeiter regen, zum Schweigen gebracht werden.

Dieses Bild, das die sozialdemokratische Presse entwirft, entspricht nicht den Tatsachen. Seit langem verfolgen viele ausländische Sozialdemokraten mit wachsender Sorge die Politik der deutschen Sozialdemokratie, seit langem wird in ausländischen sozialdemokratischen Blättern Kritik geübt an der SPD, und wenn das meist sehr zurückhaltend und unzureichend geschieht, so erklärt sich das zum guten Teil aus einer falsch verstandenen Disziplin, die immer noch meint, Kritik an Bruderparteien sei von Schaden.

So beginnt auch die „Rote Revue", die Monatsschrift der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die Kritik, die sie im Septemberheft an der deutschen Sozialdemokratie übt, mit mancherlei Entschuldigungen und verbindlichen Erklärungen. Um so bemerkenswerter ist es, daß diese offizielle Zeitschrift einer Partei der Zweiten Internationale nicht weniger als drei umfangreiche Artikel dieses Heftes der Kritik an der SPD widmet. Diese Kritik ist nicht so gründlich, nicht so auf die letzten Ursachen eingehend, nicht so konsequent, wie es nötig wäre. Unsere Leser werden manche Halbheit, manche allzugroße Zurückhaltung in den Worten dieser Schweizer Zeitschrift feststellen. Aber das Entscheidende ist, daß diese Kritik von Sozialdemokraten stammt — und darum geben wir sie hier ausführlich wieder, damit sie von unseren Genossen in der Diskussion mit sozialdemokratischen Arbeitern verwertet werden kann.

II.

Im Leitartikel der genannten Zeitschrift schreibt Friedrich Schneider, ein Genosse, der die deutschen Verhältnisse gut kennt und noch im letzten Wahlkampf als Redner für die deutsche Sozialdemokratie auftrat, über „Lehren der deutschen Reichstagswahlen". Er kritisiert dabei insbesondere die Ueberschätzung des parlamentarischen Kampfbodens und die Art, in der die SPD am 20. Juli die preußischen Machtpositionen preisgegeben hat. Hören wir wörtlich, was er schreibt:

„Die mächtige preußische Polizei in den Händen Severings, wie sie immer als sozialdemokratischer Aktivposten genannt wurde, ist widerstandslos dem Kommissar Papens ausgeliefert worden. Wohl wichen die sozialdemokratischen Minister und Funktionäre nur der Gewalt, aber sie wichen eben und gaben damit jene Machtpositionen auf, die der Rechtfertigung der Tolerierungspolitik dienen mußten. Die Reichsregierung hatte sich zweifellos die Sache nicht so leicht vorgestellt. Die Bedeutung dieses Streiches mußte jedem aufmerksamen Beobachter klar sein.

Die widerstandslose Hinnahme ist nur erklärlich, wenn man weiß, daß die sozialdemokratische Parteileitung die Parole ausgegeben hatte, sich durch nichts, aber auch garnichts provozieren zu lassen, um der Regierung keinen Vorwand zu geben, die Reichstagswahlen abzusagen. Darin liegt eine Ueberschätzung der Wahl in diesem Momente. Papen-Schleicher hatten gar keine Ursache, die Wahlen zu verhindern. Der Reichstag ist in ihrem Spiel nur eine Figur, die da ist, wenn sie pariert, die aber verschwindet, wenn sie unbequem wird. Entweder war also die offizielle Stillhalteparole ein großer Irrtum über die wirkliche Lage und die Absichten der Reichsregierung, oder das Ergebnis der politischen Ohnmacht der Arbeiterklasse. Trifft letzteres zu, und mir scheint das der Fall zu sein, dann hat sich die Tolerierungspolitik, nur um die Preußenregierung zu halten, als wirkungslos erwiesen. Es wurden ungeheure Opfer an Verlusten proletarischen Vertrauens für eine Sache gebracht, die sich im entscheidenden Augenblick ohnehin als wertlos erwies."

Unsere Leser wissen, daß die Genossen der SAP, die aus der Sozialdemokratischen Partei kommen, diese Kritik seit Jahren geübt haben — und dafür verfolgt, verlacht und schließlich aus der Partei ausgeschlossen worden sind. Jetzt müssen sich die Führer der SPD die gleichen Dinge von Genossen einer Bruderpartei sagen lassen.

Nach dieser Kritik kommt Friedrich Schneider zu folgenden Forderungen für die künftige Politik der deutschen Arbeiterorganisationen:

„Eine Arbeiterklasse von der Intelligenz, Disziplin, Organisations- und Widerstandsfähigkeit in der Art der deutschen ist imstande, den Faschismus zu überwinden, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, ihre Kräfte zu mobilisieren und im Kampfe zusammenzufassen. Das kann aber nur geschehen, wenn der doktrinäre parlamentarische Boden verlassen wird zu Gunsten einer Politik und Taktik, die auch vor der Anwendung außerparlamentarischer Kampfmittel nicht zurückschreckt. Ich bewundere die Kaltblütigkeit der proletarischen Massen in Deutschland, die oft als Indolenz verschrien wird, die sie davor bewahrte, dem Feind in einem Augenblick vor die Maschinengewehre zu laufen, in dem er es wünschte. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß in den Verhältnissen, in die sich die deutsche Arbeiterklasse gestellt sieht, mit der Anwendung des politischen Massenstreiks gerechnet werden muß. Die Zurückhaltung gegenüber den faschistischen und reaktionären Provokationen läßt sich nicht ewig üben.

Die Junkerregierung hat bewiesen, daß sie nur den Interessen ihrer Kaste, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, dient, die sie schamlos als die der Allgemeinheit ausgibt. Das deutsche Proletariat hat von ihr auf alle Fälle nichts Gutes zu erwarten. Der 31. Juli hat bewiesen, daß der Faschismus legal nicht an die Macht kommt. Aber das ist nur eine negative Erkenntnis. Die Sozialdemokratie hat die Vorbedingungen der Machtergreifung der Arbeiterklasse zu schaffen. Das geschieht durch eine vom proletarischen Klasseninteresse bestimmte Politik, zu deren Durchsetzung alle Kampfmittel in Anwendung gebracht werden, die der bürgerliche Staat bietet, aber gleichzeitig die Massen mobilisiert und die Anwendung außerparlamentarischer Kampfmittel ermöglicht. Eine solche Politik ist geeignet, den Gegner in Schach zu halten und unnützes Blutvergießen zu vermeiden. Sie verhindert nicht nur die Machtergreifung durch den Faschismus, sondern schafft die Voraussetzungen zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat."

Wir sagten bereits, daß sich in diesen sozialdemokratischen Gedankengängen noch manche Halbheit findet. Dennoch ist nicht zu verkennen, daß diese Darlegungen in der Linie dessen laufen, was wir immer und immer wieder gefordert haben und fordern, so daß es eine Bestätigung unserer Ansichten darstellt.

(Ein zweiter Artikel folgt)

Anklage gegen die SPD

Ein bezeichnender Austritt

CNB. **Berlin**, 7. September.

Der ehemalige Major Kurt Anker, der zugleich Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners ist, hat seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei erklärt. Anker begründet seinen Austritt in einem Schreiben an die Partei damit, daß die SPD infolge ihrer Untätigkeit sich „geradezu „spielend" die Macht habe aus der Hand nehmen lassen.

*

Die Kritik, die Major Anker an der SPD übt, ist sicher berechtigt. Aber durchaus verfehlt ist die Konsequenz, die er aus dem Versagen der SPD zieht. Major Anker ist nämlich in die Sozialrepublikanische Partei Deutschlands, die Organisation des Herrn Hörsing, eingetreten.

In der Wochenzeitung Hörsings wird gleichzeitig ein Artikel veröffentlicht, der die von uns gemeldeten, von der SPD natürlich abgestrittenen scharfen Zusammenstöße in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bestätigt. Hörsing stellt fest, daß dort Braun und Severing als die Schuldigen angegriffen worden seien. Nach seiner Meinung treffe aber die Hauptschuld Breitscheid als Führer der Reichstagsfraktion und insbesondere Heilmann, den Führer der Preußenfraktion. Heilmann habe nur ein Ziel gekannt, nämlich Posten zu verteilen, wobei er außerdem regelmäßig die ungeeignetsten Leute (z. B. Grützner, Sölling, Waentig usw.) an die wichtigsten Stellen gebracht habe. Immer in der Sorge um geeignete Pfründen habe Heilmann jede vernünftige Verwaltungsreform sabotiert.

Diese Kritik Hörsings ist ganz gewiß treffend. Daß der Mann, der viele Jahre hindurch in der SPD wie ein Gott verehrt wurde, jetzt so bittere Wahrheiten ausspricht, wird sicher im Lager der sozialdemokratischen Führerschaft wenig Freude hervorrufen. Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen allerdings nur zu gut, daß Hörsing um kein Haar besser ist als Heilmann — mit den Methoden beider muß Schluß gemacht werden im Interesse der Gesundung der Arbeiterbewegung!

Massenausschlüsse aus der Dresdner KPD

Vom Büro der SAP in Dresden wird uns geschrieben:

Am 6. September erschienen zwei Genossen der KPD im Sekretariat mit der Bitte, in unserer Presse die Willkürherrschaft der KPD-Führung gegen die einfachen Mitglieder für die Arbeiteröffentlichkeit festzunageln. Die KPD-Genossen zählen zu den rund 60 am Montag, den 5. September, aus der Dresdener KPD ausgeschlossenen Genossen. Die Ausgeschlossenen vertraten in der Partei und deren Nebenorganisationen die Auffassung, daß eine wichtige politische Aufgabe von der gegenwärtigen Führung der KPD sträflicherweise vernachlässigt werde. Doch in der KPD gibt es heute weniger als je die Möglichkeit, Meinungsverschiedenheiten sachlich und zur Stärkung der Organisation durchzuführen. Wer anderer Meinung ist als die sich unfehlbar wähnenden Unteroffiziere in den KPD-Leitungen, der fliegt und hat, wie in dem vorliegenden Falle, ärgste Beschimpfung als Anarchist, Verräter usw. zu gewärtigen. Im Gegensatz zu der von Lenin begründeten revolutionären auf Ueberzeugung beruhenden Disziplin fordert die KPD-Bürokratie von der Mitgliedschaft hündische Unterordnung und preußischen Kadavergehorsam. Sie handhabt den Belagerungszustand in der Partei nicht um der Arbeiterklasse und damit der Revolution zu dienen, sondern um die Parteimitgliedschaft in Unwissenheit und die unfähigen Geschöpfe in den Leitungen am Ruder zu halten, auch wenn die Partei dabei in die Binsen geht.

In der gegenwärtigen Zeit, wo der Faschismus das Leben der Arbeiterklasse bedroht, ist es ein Verbrechen am Proletariat, alte, der Revolution ergebene Kämpfer massenweise auszuschließen, nur weil es über eine praktische Tagesarbeit zwischen Mitgliedern und Führung Meinungsverschiedenheiten gibt. Die Verantwortlichen für diese Ausschlüsse sind Fritz Selbmann-Leipzig und Martin Schneider-Dresden, Leute, die in der Arbeiterbewegung noch nichts Positives geleistet haben und an ihren gut bezahlten Pfründen nur kleben bleiben, weil sie Ernst Thälmann als den historischen Führer der KPD zu beweihräuchern verstehen. Genossen der KPD, begreift, dieser innerparteiliche Kurs muß, wenn ihr nicht Halt gebietet, der KPD und der Arbeiterklasse den Hals brechen!

Um den Felseneck-Prozeß

Die im Felseneck-Prozeß von 6 Verteidigern gegen die Anordnung des Ausscheidens zweier Richter durch das Schwurgericht des Landgerichts III eingelegte Beschwerde ist vom 3. Ferienstrafsenat als unzulässig verworfen worden. In der Begründung betont das Kammergericht, daß an der Ernstlichkeit des Beschlusses des Schwurgerichtes kein Zweifel bestehen und keine Rede davon sein könne, daß dieser Beschluß einen Vorwand für eine Vertagung bilden sollte. Der neue Felseneck-Prozeß wird voraussichtlich in drei Wochen vor dem ordentlichen Schwurgericht beginnen.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

39) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Artelt steht auf und hält eine Ansprache:

„Kameraden, der Militarismus in Kiel ist gebrochen. Die Macht liegt in den Händen der Marinesoldaten! Kameraden, ihr seid hierhergeschickt, um Bruderblut zu vergießen! Zwanzigtausend, bis an die Zähne bewaffnete Matrosen sind entschlossen, für die errungene Freiheit zu sterben. Kameraden, schießt nicht auf eure Brüder!"

„Hoch die Internationale!"

„Es lebe die Freiheit!"

„Nieder der Krieg!"

Das Automobil mit der wehenden roten Fahne fährt weiter. Die Infanteriekolonne bleibt zurück, ein plötzlich auseinander gesprengter, wild diskutierender Haufe.

„Der Admiral hat die Forderungen erfüllt!"

„Die Gefangenen werden freigelassen!"

„Die Flotte fährt nicht mehr aus!"

„Der Krieg ist zu Ende!"

„Frieden!"

„Frieden!"

„Wählt Soldatenräte!"

Das springt in die Kasernen, platzt in die Schiffe hinein. Und jetzt ist der Damm gebrochen, jetzt ist kein Halten mehr. Die Kasernen leeren sich. Und die Hafendampfer können nicht schnell genug zu den in der Bucht ankernden Schiffen kommen. Die Besatzungen machen die Boote klar. Die Heizer steigen aus den Kesselräumen, die Matrosen verlassen ihre Stationen. Wie sie stehen und gehen, steigen sie auf die Dampfer und Boote und fahren an Land.

Das Stadtbild verwandelt sich. Große Menschenmassen bewegen sich durch die Straßen — Matrosen, Werftarbeiter, Frauen. Straßenbahnen bleiben eingekeilt von der Menge auf den Schienen stehen. Die Fahrgäste steigen ab, die Fahrer und Schaffnerinnen verlassen ihre Posten und schließen sich den Zügen an. Ueber den Wilhelmsplatz, durch die Holstenstraße und Dammtorstraße marschieren die Kolonnen: Richtung Feldstraße! Richtung Arrestanstalt!

Der weite Häuserkomplex ist von unübersehbaren Mengen umlagert. Die Arrestwache, eine Kompagnie des Seebataillons, steht noch unter Gewehr. Drin im Gebäude sind die Soldatenräte mit dem Geheimrat Eichheim und lassen von den Wärtern die Zellen öffnen.

Und dann kommen sie — der graue Zug der Gefangenen.

Ein Trommelwirbel. Fanfarenstöße:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde!"

Die noch vor Stunden als kaisertreu angesprochene Kompagnie steht Spalier und präsentiert das Gewehr. Und wieder setzen die Massen sich in Bewegung: Musikkapellen, das Seebataillon, die befreiten Gefangenen, Frauen, Heizer, Matrosen; immer mehr kommen dazu. Die Häuser leeren sich. Die beiden Tore des Gewerkschaftshauses schütten tausend oder zweitausend Arbeiter auf den vorbeikommenden Zug aus.

In den engen Straßen gibt es nur noch eine Richtung: gleich einem unwiderstehlichen Fluß strömen die Massen. Ueber den Köpfen schwimmen Fahnen. Ein an eine lange Stange genageltes rotes Bettuch sieht aus wie ein großer mächtiger Vogel.

Es ist dunkel geworden über Kiel.

Nur wenige Laternen brennen.

Die Züge ziehen von allen Seiten dem Bahnhof zu und stauen sich auf dem Vorplatz. Die hohe Halle mit der weitgespannten Kuppel scheint auf den Massen zu schwimmen.

Und wieder braust es durch die Luft:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde...
Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!"

Langsam fährt ein Zug in die Halle ein.

Dann an der anderen Seite des Bahnsteiges noch einer.

In dem ersten Zug sitzen Infanteristen, die Kiel zurückerobern sollen. Sie werden von den Kulis mit brausendem Hurra empfangen. Die Offiziere werden entwaffnet und abgeführt. Auch die Reisenden aus dem zweiten Zug gehen sofort in dem Getümmel unter. Ueberall Matrosen, Gewehre umgehängt, die Kolben nach oben. Der Abgeordnete Noske, der mit dem Zug angekommen ist, wird sofort umringt.

Sein Koffer wird ihm abgenommen. Ein Bahnbeamter redet auf ihn ein. Ein waffenloser Offizier versucht ihm etwas zu erklären:

„Es ist ja nicht so schlimm!"

„Es wird schon wieder werden!"

„Bis jetzt ist alles ruhig abgegangen!"

„Komm, Genosse Noske, wir warten schon!"

Die Matrosen drängen den Abgeordneten sanft nach vorn. Der Staatssekretär Haußmann und ein Kieler Gewerkschaftssekretär, die mit Noske zusammen ankamen, werden von ihm abgedrängt.

Noske passiert die Sperre und ist an den Treppen angelangt, die zur Vorhalle hinunter führen.

„Hier ist er — Noske!"

„Genosse Noske aus Berlin!"

„Noske!" ruft einer der Menge unten zu.

Der Ruf wird aufgenommen. Die ganze Vorhalle erdröhnt; von den hohen Wänden und von oben aus der Kuppel hallt es zurück:

„Noske!"

„Hoch!"

„Hoch!"

Noske sieht die Menge unter sich, ausgestreckte Hände, Gesichter, Gewehrkolben. So hatte er sich den Empfang nicht vorgestellt. Aber er hat keine Zeit zum Ueberlegen. Seine Begleiter drängen ihn vorwärts. Schritt für Schritt schieben sie ihn durch die Menge. Er weiß gar nicht, wie er aus der Halle herausgekommen ist.

Noske wird in ein Auto gehoben, einige Matrosen steigen mit auf. Hinten hockt einer und schwenkt eine rote Fahne.

Er ist schon heiser vom Schreien, ruft aber immer wieder:

„Es lebe die Freiheit! Es lebe die Freiheit!"

Neben Noske sitzt Artelt:

„In Wik haben sich heute 20 000 Matrosen bewaffnet. Alle anderen Abteilungen, auch die Schiffe, machen mit. Die Offiziere sind machtlos. Ein Zurück gibt es für uns nicht mehr. Wir fahren jetzt zur Sitzung ins Gewerkschaftshaus und nachher zum Gouverneur!"

Die Menge wird wieder dichter. Das Auto fährt langsamer.

„Der Wilhelmsplatz — eine Versammlung," erklärt Artelt.

Im Schrittempo schiebt das Auto sich durch die Gasse, die sich in der Menge öffnet. Wie die ganze Stadt liegt der Wilhelmsplatz in fast völliger Dunkelheit. In der Mitte steht ein mehrarmiger Kandelaber, an dem nur eine Laterne brennt. Davor ist ein Gerüst aufgebaut; ein Redner steht oben.

Die Scheinwerfer des Autos übergießen Teile der Szene mit plötzlichem weißen Licht — den Redner auf dem Gerüst, eine Traube Menschen im Geäst des Kandelabers, einen Ausschnitt der Gesicht an Gesicht gedrängt stehenden Matrosen. Die Häuser am Rande des Platzes gleichen einer düster drohenden Küste.

Das Automobil fährt an das Gerüst heran.

„Es lebe die Freiheit!" ruft der Mann mit der Fahne.

„Noske!" brüllt einer vom Kandelaber herunter.

„Noske!" wiederholt die Menge.

Noske steht auf und spricht. Zu den Ereignissen in Kiel weiß er nichts zu sagen. Er läßt sich nur in allgemeinen Betrachtungen über die politische Lage aus und fordert auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren:

„... in einigen Tagen wird der Waffenstillstand geschlossen sein. Die berechtigten Wünsche der Arbeiter und Soldaten werden ihre baldige Erledigung finden. Dafür werden wir in Berlin sorgen. Ruhe und Besonnenheit ist jetzt die erste Pflicht. Keine nutzlosen Gewalttaten, die der Sache der hier demonstrierenden Arbeiter und Soldaten nur schaden können. Die Masse muß jetzt den Beweis bringen, sich selbst beherrschen zu können!"

(Fortsetzung folgt.)

Die Konferenz von Stresa

Auch hier bleiben die Hauptfragen ungelöst

I.R. Demnächst soll in London eine Weltwirtschaftskonferenz stattfinden, von der indes wohl nur noch die allerillusionärsten unter den Vertretern des kapitalistischen Wirtschaftssystems Rezepte oder Wegweiser für eine ernsthafte Ueberwindung der Krise erhoffen. Denn nach dem kläglichen Resultat der britischen Imperiumskonferenz in Ottawa ist auch die zur Bereinigung der strittigen südost- und mitteleuropäischen Fragen anberaumte, soeben in der italienischen Stadt Stresa tagende Konferenz nur geeignet, aufzuzeigen, daß bei Fortbestehen kapitalistischer Produktionsverhältnisse anstatt einer jetzt so viel besprochenen Planwirtschaft nur Unüberbrückbarkeit und Verschärfung der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zu erwarten sind.

Südosteuropa einschließlich allen zur früheren österreichischen Monarchie gehörenden Staaten ist von der Weltwirtschaftskrise in ganz besonderem Grade betroffen, zumal die meisten dieser Länder überwiegend von der Ausfuhr von Agrarprodukten leben und die Agrarpreise trotz aller Zollbarrieren und Kontingente im letzten Jahre durchschnittlich um mindestens ein Drittel, zum Teil fast um die Hälfte gesunken sind, ohne daß die Industriewarenpreise auch nur annähernd eine ähnliche Senkung erfuhren. Finanziell sind diese Staaten von Frankreich abhängig, da dieses ihnen vor allem aus politischen Gründen — Frankreich erstrebt die sichere Hegemonie in Europa und trat deshalb den deutsch-österreichischen Zollunionsplänen mit größter Schärfe entgegen — Leihkapital gibt und schon in relativ hohem Maße gegeben hat. Auch Oesterreich gerät, besonders nach Annahme der auf der Lausanner Konferenz im Frühsommer dieses Jahres vorgeschlagenen Bedingungen für eine neue internationale Anleihe in immer stärkerer Abhängigkeit speziell vom französischen Bankkapital. Außerdem sind die südosteuropäischen Gebiete aber auch die einzigen in Europa, in denen infolge industrieller Unerschlossenheiten, vor allem von Petroleum, Erzen und Kohle, noch Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Hier stoßen aber auch die Interessen des französischen Kapitals hart mit denen anderer kapitalistischer Mächte, in erster Linie Italiens, zusammen. Italien ist seit jeher ebenfalls aus politischen Gründen an den Balkanländern interessiert; außerdem braucht es diese Gebiete zum Absatz für seine Industrie, die sich zurzeit auch in einer schweren Krisis befindet, und für die außerdem die Tschechoslowakei ein verhaßter Rivale ist. Schließlich fehlen der italienischen Industrie zum großen Teil eigene Rohstoffquellen, so daß es auch aus diesem Grunde stärkstes Interesse daran hat, daß die Balkangebiete nicht weiter unter französischen Einfluß geraten. So trat Italien schon 1931 den französischen Plänen, den deutsch-österreichischen Zollunions-Absichten eine (unter französischem Einfluß stehende) Föderation der Donauländer gegenüberzustellen, energisch entgegen. Es tritt auch jetzt in Stresa nur für Einzelabkommen der Donaustaaten sowohl untereinander wie mit anderen Mächten ein. Italien setzte auch durch, daß in Stresa alle Gläubiger- und alle sonst an den Problemen beteiligten Länder vertreten sind, also auch Deutschland, als Gegenpol zu Frankreich. Auch England hat kein Interesse an einer noch größeren Machtstärkung Frankreichs auf dem Kontingent und tritt in den hier strittigen Fragen mehr als Verbündeter Italiens als Frankreichs auf.

Aber auch die Balkanstaaten, darunter vor allem Rumänien, sowie außerdem Polen, das eng mit Rumänien zusammenarbeitet, zeigten sich schon vor Stresa keineswegs einfach zufrieden mit dem, was Frankreich ihnen zudiktiert. Dieses hat nämlich, da es ja aus politischen und — wegen seiner Anleihen — auch aus unmittelbar finanziellen Gründen an der Lage Südosteuropas interessiert ist, ein System gegenseitiger Präferenz- (Vorzugs-) zölle zwischen den Donauländern, die vor allem Agrarprodukte ausführen, und denjenigen, die die anderen auch mit Industriewaren beliefern, protegiert. Frankreich selbst hat aber auf seine Agrarprodukten-Einfuhr Zölle und Kontingente gelegt auch gegenüber den Donauländern, und es hat zu der für diese Gebiete über die Präferenzzollfrage hinaus dringende Frage, die Agrarpreise mit den Industriepreisen in Einklang zu bringen, überhaupt keine Antwort gegeben. So kamen diese Staaten auf einer der Konferenz von Stresa noch vorhergehenden Besprechung in Warschau unter sich zu dem Beschluß, ihren Schuldnern, das heißt in erster Linie Frankreich, in Stresa den Vorschlag zu machen, daß ein Teil ihrer Schulden durch Lieferung von Agrarprodukten abgedeckt werden soll. Das ist ein Vorschlag, der den französischen Interessen durchaus zuwiderläuft. Andererseits werden die Balkanstaaten sich selbst klar sein, daß sie von der französischen Gnade abhängen und sich letzten Endes allen französischen Wünschen fügen müssen. Um so mehr ist von diesen Staaten eine verschärfte Kampfstellung gegen die Sowjetunion zu erwarten, die ja auch eine starke Agrarausfuhr zu verzeichnen hat und gerade auch deshalb von Polen, Rumänien u. a. als Konkurrent befeindet wird.

Auf der Konferenz von Stresa sollten nach den Vorankündigungen vor allem die ganze Verschuldungsfrage, dann die Behebung der Valutenentwertung der verschiedenen Staaten und die Frage der Agrarpreise geklärt werden, damit die Weltwirtschaftskonferenz in London auf einer solchen Teillösung bereits aufbauen könnte. Es ist schon heute klar ersichtlich, daß alle drei Fragen ungelöst bleiben. Das einzige, was herauskommt, werden Vereinbarungen über Präferenzzölle sein, die nun in der Folge mit den bestehenden Handelsverträgen in Einklang gebracht werden müssen. Diese aber können, genau so wie die Abmachungen Englands und seiner Dominions für bestimmte Waren auf der Konferenz von Ottawa, höchstens einige Verschiebungen auf handelspolitischem und rückwirkend auch in der Produktion zwischen Ländern mit Präferenzbindungen und anderen verursachen; für die breiten Massen der beteiligten Länder werden sie kaum eine Erleichterung bedeuten, weil Präferenzzölle noch lange nicht eine Senkung der Preise für die Konsumenten bedeuten und weil sie durchaus Hand in Hand gehen können mit weiterer Waren-Kontingentierung zwecks Abstoppung größerer Lebensmitteleinfuhr zum „Schutze" der einheimischen Agrarkapitalisten. Außerdem können die allgemeinen Zölle noch weiter erhöht werden, so daß auch in der Zukunft in Kraft tretende Präferenzzölle unter Umständen überhaupt keinen Zollabbau bedeuten.

Front gegen Rußland?

Iswestija nimmt heute zur Stresa-Konferenz Stellung, wobei in dem Kommentar des Blattes vor allem die Befürchtungen eine Rolle spielen, daß das Ergebnis der Konferenz eine antisowjetrussische Kombination sein könnte. Im übrigen beklagt sich das Blatt darüber, daß die Sowjetunion von den Einberufern der Konferenz als am wirtschaftlichen Schicksal Ost- und Zentraleuropas nicht interessiert betrachtet wird. Zur Frage der Einberufung der Konferenz schreibt das Blatt, daß Frankreich die Bildung eines festen Stützpunktes in den Ländern Ost- und Mitteleuropas auch nach dem Scheitern des Tardieuplanes keineswegs aufgegeben habe und es nach seinem Nachgeben in der Reparationsfrage erreichte, daß Großbritannien auf eine erneute Diskussion des Donauproblems einging.

Ein Agrarstaaten-Block

Stresa, 8. September.

Die Vertreter der Agrarstaaten von Süd- und Osteuropa haben in Stresa einen Ausschuß gebildet der, ein solidarisches Arbeiten unter den Agrarstaaten erleichtern soll. Als Präsident dieses Ausschusses, der sich „Agrarischer Block der Konferenz von Stresa" nennt, wurde der rumänische Industrie- und Handelsminister Madgearu ernannt.

Die preußische Polizei im Kreuzfeuer

Der Untersuchungsausschuß beginnt seine Arbeit

Berlin, 7. September.

Im preußischen Landtag hielt heute der auf Wunsch der Nationalsozialisten eingesetzte Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung von Beschwerden gegen die preußische Polizei seine 1. öffentliche Vollsitzung ab. Den Vorsitz in diesem Ausschuß führte Abg. Schwenk (Komm.).

Berichterstatter Abg. Daluege (Natsz.) gab zunächst einen Bericht darüber, in welcher Weise die Untersuchungen geführt werden sollen. Er schlug vor, die Untersuchung in drei großen Gruppen zu führen, und zwar 1. über Vorfälle allgemeiner Natur, wie Zusammenstöße mit der Polizei bei größeren Kundgebungen und über das Verhalten der Polizei bei Demonstrationen usw. Als 2. Hauptgruppe empfiehlt der Berichterstatter „die Uebergriffe von einzelnen Polizeioffizieren und -beamten" zu untersuchen, und zwar hierbei insbesondere den Mißbrauch der Dienstgewalt und Mißbrauch der Waffe. Als 3. Untersuchungsgruppe soll schließlich nachgeprüft werden der Erlaß von Verfügungen des preußischen Innenministeriums und der Kommandostellen der Schutzpolizei hinsichtlich der rechtlichen Haltbarkeit und Handhabung. Dabei komme es dem Berichterstatter u. a. auf die „schikanösen Erlasse über den Begriff der Uniformierung", sowie über die Wegnahme von Abzeichen und auf die Bestimmungen über die Zugehörigkeit zu politischen Verbänden an.

Im einzelnen erwähnte der Berichterstatter auch Zwischenfälle in Köln, Altona, Kassel und Breslau, die der Ausschuß zu untersuchen haben werde. Ferner werde man sich beschäftigen müssen mit Vorwürfen gegen den bisherigen Führer der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, gegen den bisherigen Polizeipräsidenten von Oppeln, Königsberg, Altona, gegen den Oberpräsidenten von Kassel, gegen den Kasseler Vizepräsidenten Friedensburg, und andere hohe Beamte, während der Fall des Berliner Polizeivizepräsidenten Weiß wohl ausgeschaltet werden könne, weil für ihn ein besonderer Ausschuß gebildet sei.

Weiteres Material, aber noch nicht für die Untersuchung reif, liege u. a. vor gegen den bisherigen Staatssekretär im Preußischen Innenministerium Abegg, gegen Ministerpräsidenten Braun und Innenminister Severing. Beginnen soll die Untersuchung mit der Nachprüfung eines Zwischenfalls auf der Berliner Polizeiwache, in der Lynar-Wache und mit einem Breslauer Fall. Der Berichterstatter verlangte, daß der Ausschuß morgen Gelegenheit erhielte, das Berliner Ueberfallkommando von der „Lynar-Wache" sowie den Reviervorsteher dieser Wache zu der Behauptung zu vernehmen, daß dieses Ueberfallkommando in der Nacht vom 11. zum 12. Juli d. J. Nationalsozialisten mißhandelt habe.

Die Zeugenvernehmung

VDZ. **Berlin**, 8. September.

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags zur Nachprüfung von Beschwerden gegen die Polizei begann am Donnerstag mit dem Zeugenvernehmen. Zuerst wurden die Zwischenfälle behandelt, die sich in der Nacht vom 11. zum 12. Juli d. Js. in einem nationalsozialistischen Verkehrslokal im Norden Berlins ereigneten und bei denen sich Polizeibeamte von der „Lynar-Wache" ungesetzlich gegen Nationalsozialisten benommen haben sollen. Der Zeuge Sagert, ein Schaffner bei der Berliner Verkehrsgesellschaft, führte aus, er habe in der fraglichen Nacht für den zuständigen nationalsozialistischen Bezirk Telefonwache in dem nationalsozialistischen Verkehrslokal in der Ravenéstraße gehabt. Er behauptete, daß in vorgerückter Nachtstunde ein Parteigenosse hilfesuchend sich in dem Lokal gemeldet habe, weil er angeblich von Kommunisten überfallen worden sei. Sehr rasch sei das Ueberfallkommando gekommen. Einige dieser Polizeibeamten hätten auch ihn, den Zeugen, durch Faustschläge und Beschimpfungen mißhandelt. Dagegen seien die Nationalsozialisten auf der Wache gut behandelt worden.

Nach den nationalsozialistischen Zeugen, die ihre Behauptung aufrechterhielten, daß sie von Polizeibeamten mißhandelt worden seien, vernahm der Polizeiuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtages den Reviervorsteher der Lynarwache, einen Polizeihauptmann, und die Beamten des Ueberfallkommandos, die in Uniform erschienen waren. Der Führer des Ueberfallkommandos, Oberwachtmeister Großkopf, schilderte ausführlich, daß die Polizeibeamten schon deshalb keine Mißhandlungen an diesen Nationalsozialisten vorgenommen haben könnten, weil die Nationalsozialisten keinen Widerstand geleistet hätten, sondern ohne weiteres sich auf den Ueberfallwagen zur Ueberführung in das Polizeirevier hätten führen lassen. Als ein nationalsozialistisches Ausschußmitglied wissen wollte, welcher Partei der Polizeioberwachtmeister Großkopf angehöre, widersprach ein Zentrumsmitglied der Zulässigkeit dieser Frage und auch der kommunistische Ausschußvorsitzende meinte, daß eine solche Frage nicht nützlich sei, weil sie den Anschein erwecke, als wolle der Untersuchungsausschuß parteipolitische Feststellungen treffen. In einer kurzen nichtöffentlichen Sitzung wurde die Frage nach der Parteizugehörigkeit des Polizeibeamten von dem Fragesteller zurückgezogen.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung der Polizeibeamten in öffentlicher Sitzung meinten die Polizeibeamten u. a., auch die Behauptung der Nationalsozialisten sei falsch, als ob sie auf dem Ueberfallwagen geschlagen worden wären. Das wäre auf dem kleinen Wagen, auf dem sieben Menschen standen, garnicht möglich gewesen. Abg. Henze (Nat.-Soz.): Das weiß ich besser, ich habe oft genug meine Senge dort oben bezogen (Heiterkeit). Die nationalsozialistischen Ausschußmitglieder fragten dann, ob Anweisung ergangen sei, bei der Verhaftung von Nationalsozialisten mit besonderer Schärfe vorzugehen. Die Polizeibeamten bestritten dies entschieden.

Einige Zivilisten wurden noch als Augenzeugen zu den Vorfällen vernommen. Sie sagten entlastend für die Polizeibeamten aus und betonten, daß keine Mißhandlungen oder Beschimpfungen vorgekommen seien. Der vorgeführte Untersuchungsgefangene Kring behauptet, von einem im Verhandlungsraum nicht anwesenden Beamten brutal behandelt worden zu sein, wobei ihm die Zähne ausgeschlagen worden seien. Der Ausschuß will versuchen, noch andere Polizeibeamte zur Klärung dieser Dinge zu vernehmen. Am Freitag werden die Zwischenfälle beim Aufzug der Skagerackwache in Berlin behandelt.

•

Dieser Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages ist ein nationalsozialistisches Parteimanöver, das sich gegen die Tätigkeit der Regierung Braun-Severing richtet. Insoweit sind die Arbeiten dieses Ausschusses mit größtem Mißtrauen zu verfolgen. Wenn wir trotzdem ausführlich über diese Verhandlungen berichten, so deshalb, weil hier trotz allem vielleicht doch eine Gelegenheit ist, in das Dunkel gewisser Polizeimethoden hineinzuleuchten. Nicht nur aus Berlin, sondern aus den verschiedensten Orten sind immer wieder Berichte an uns gekommen, die in bestimmter Form behaupten, daß Polizeibeamte noch nach der Festnahme, ja noch auf der Wache wehrlose Verhaftete mißhandeln. Die Möglichkeit, einen proletarischen Untersuchungsausschuß über diese Dinge einzusetzen, besteht jetzt leider nicht — so muß man sehen, ob nicht auch aus den Verhandlungen dieses parlamentarischen Ausschusses das eine oder andere Ergebnis zu entnehmen ist.

Streik der Seeleute erfolgreich

Die holländischen Reeder zum Rückzug gezwungen

Amsterdam, 8. September.

CNB. In dem Streik der holländischen Seeschiffahrt ist insofern eine neue Wendung eingetreten, als vier der größten Reedereien ihren Austritt aus dem Reedereiverband erklärt haben. Es sind dies die Holland-Amerika-Linie und der Rotterdamsche Lloyd zu Rotterdam, sowie die Stoomvaart Nederland und die Koninklyke-nederlandsche Stoomboot Nj. zu Amsterdam. Wahrscheinlich wird sich auch die holländische Stoomboot Nj. in Amsterdam dem Vorgehen der genannten Gesellschaften anschließen.

Die vier Reedereien sind bereit, die von der Streikleitung als Voraussetzung für eine Aufhebung der Streikparole geforderte Garantie für die unveränderte Beibehaltung der derzeitigen Arbeitsbedingungen und Bezüge des Schiffahrtspersonals bis zum 31. März 1933 zu geben.

Dieser Schritt ist auf die Furcht vor der Konkurrenz der deutschen Reedereigesellschaften zurückzuführen.

•

Diese Wendung zeigt die Aussicht auf baldigen und vollen Erfolg des von allen beteiligten Seeleuten mit glänzender Disziplin und Solidarität geführten Streiks an.

Verschärfung des Streiks in Ostoberschlesien

CNB. **Kattowitz**, 8. September.

Heute vormittag fand in Kattowitz eine Verhandlung zwischen Angestellten, Arbeitern und Unternehmern wegen Liquidierung des Streiks statt. Die Streikenden verlangten die sofortige Auszahlung der Löhne und auch den Lohn für die Streiktage. Sollten diese Forderungen abgelehnt werden, so werde am Freitag der allgemeine Generalstreik in Ostoberschlesien proklamiert werden.

Allgemeine Lohnsenkung bei Ford

WTB. **Newyork**, 7. September.

Wie verlautet, wird demnächst in den Ford-Automobilwerken eine fast allgemeine Senkung der Gehälter und Löhne erfolgen, die sich auf alle Angestellten, mit Ausnahme der Arbeiter, die den Mindestlohn erhalten, beziehen würde.

Damit ist auch der letzte Rest der sich um das Ford-Wunder gesponnenen Illusionen zerstört, der ganze Fordschwindel geplatzt. Auch Ford, der angab, mit hohen Löhnen die Kaufkraft der Masse immer mehr zu steigern und so den Kapitalismus zu erhalten, hat sich längst als ganz gewöhnlicher Lohndrücker-Kapitalist erwiesen. Es gibt eben keine „Rettung" im Kapitalismus.

Revolutionäre Pächter in Spanien niedergeschossen

WTB. **Paris**, 8. September.

Nach einer Meldung aus Barcelona kam es in der Gegend von Penades zu schweren Zusammenstößen zwischen Pächtern und Gendarmen, die eine Pächterversammlung auflösen wollten. Als die Pächter auf die Gendarmen schossen, erwiderten diese das Feuer. 25 Personen, darunter 6 Frauen, wurden verletzt.

Diese Meldung beweist, daß auch die bürgerliche Republik in Spanien den Großgrundbesitz mit der konterrevolutionären Gendarmerie zu verteidigen sucht.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; **Inserate:** Herbert Scholz, Breslau. **Verlag:** „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. **Lohndruck:** Th. Schatzky AG., Breslau Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Sonnabend, 10. Sept.
8.30 Uhr
Herzdame
—
Gartenbühne
Sonnabend, 10. Sept.
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsgirlitz

Das Urteil im Breslauer Reichsbanner-Prozeß

6¼ Jahre Zuchthaus, 26 Jahre Gefängnis beantragt!

Der Prozeß gegen die 22 Reichsbannerkameraden fand gestern in den späten Abendstunden seinen Abschluß. Er begann mit einem nicht minder großen Aufgebot von Zeugen wie am Vortage. Das Ergebnis der Beweisaufnahme änderte jedoch an der bisherigen Unklarheit des Bildes nichts. Die meisten Zeugen, Nationalsozialisten, schilderten den Vorgang in derselben Weise wie am ersten Verhandlungstage. Unter den Entlastungszeugen bekundeten die Zeugin Schmidt, Fischer und der Vater des Angeklagten Kukielczynski, daß dieser von den Nationalsozialisten überfallen wurde. Dabei habe der angeklagte Bäcker Scharmentke mit einem ca. 45 cm langen Gegenstand auf den am Boden Liegenden eingeschlagen. Der Zeuge Höhn bekundete mit aller Bestimmtheit, daß Kukielczynski schon vor dem Eintreffen des Reichsbanners verletzt worden sei. Die Zeugin Adam hatte bereits am Vortage gehört, wie Frau Droschke und ihre Tochter vom Balkon ihres Wohnhauses dem auf der Straße gehenden Kukielczynski nachriefen: „Morgen werden wir ja mit dir abrechnen." Zu dem Ueberfall auf Kukielczynski erklärte der Zeuge Ulbrich, er habe gesehen, wie drei Leute auf der Straße gingen, von denen sich der eine trennte, um in eine Telephonzelle einzutreten. Erst auf dieses Telephongespräch hin sei eine mehr als hundertköpfige Menge erschienen, die gegen ihn, Ulbrich, und gegen Kukielczynski eine drohende Haltung einnahm. Während Ulbrich weiter provoziert und bedrängt wurde, begab sich Kukielczynski sofort in eine naheliegende Telephonzelle, um die Polizei um Schutz anzurufen. Er wurde jedoch auch hier von der nachdrängenden Menge belästigt. Ueber die Ursache des Verlassens seiner Wohnung bekundete Zeuge Schneider, der am Tattage den ehrenamtlichen Dienst im Parteisekretariat versah, er habe den Angeklagten Kukielczynski angerufen und die Anweisung gegeben, die beiden Propagandawagen der eisernen Front nach Hause zu schicken. Bemerkenswert war das Leumundszeugnis des Polizeipräsidenten Thaiß, der den Angeklagten Kukielczynski als einen ruhigen besonnenen Menschen schilderte, der niemals radikal gewesen sei (!) und erst recht nicht zu Exzessen neigte.

Der nationalsozialistische Staatsanwalt Patschowsky schenkte jedoch den Aussagen des aus der juristischen Laufbahn kommenden Polizeipräsidenten nicht den Glauben, wie der redseligen Frau Schulz, die in der Beweisaufnahme von einem Gespräch mit einem 14jährigen Jungen (!) zu erzählen wußte, der an dem Tattage von Kukielczynski geschlagen worden sei. Von dem Jungen freilich wie von seinen Angehörigen fehlt jede Spur. Bei Staatsanwalt Patschowsky verwundert es uns dann nicht, wenn er den Angriff der 20 Reichsbannerkameraden gegen die mehr als zehnfache Uebermacht trotz der widersprechenden Bekundungen der Nazizeugen und des unklaren Bildes, den die Beweisaufnahme ergab, als einwandfrei erwiesen hinstellte. Obwohl mehrere Zeugen bekundet hatten, daß Kukielczynski schon vor dem Eintreffen des Reichsbannerautos überfallen und niedergeschlagen worden sei, nahm Staatsanwalt Patschowsky ferner an, daß Kukielczynski erst im Verlaufe des Angriffs die Verletzungen erhalten habe. Das Lastauto habe er nicht herbeigerufen, um sich aus bedrängter Lage zu befreien, sondern um eine Aktion des Reichsbanners durchzuführen. Die Aktion von Angehörigen der Arbeiterparteien scheinen bei dem nationalsozialistischen Staatsanwalt Patschowsky schon zu einer fixen Idee geworden zu sein!

So beantragte er dann gegen den Angeklagten Kukielczynski

wegen schweren Landfriedensbruchs und Rädelsführerschaft 2 Jahre Zuchthaus, gegen die Reichsbannerkameraden Pissorz und Wolf wegen aktiver Teilnahme je 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus und gegen den Reichsbannerkameraden Pollak 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus. Für die übrigen Reichsbannerkameraden wurden Strafen von insgesamt 26 Jahren Gefängnis beantragt. Sogar die 5 Reichsbannerkameraden, die damals in der fraglichen Gegend nur Plakatschutzdienst versahen und aus Neugierde hinzugekommen waren, um von der eifrigen Polizei mit aufgegriffen zu werden, wurden von Patschowsky mit je einem Jahr Gefängnis bedacht. Die beiden Nationalsozialisten Lux und Scharmentke kamen mit 8 und 10 Monaten Gefängnis davon.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bandmann, hob in seinem Plädoyer den in der Tat merkwürdigen Umstand hervor, daß bei diesem Prozeß kein einziger von den damals einschreitenden Polizeibeamten als Zeuge geladen war. Wir möchten dies um so schärfer hervorheben, als das Gericht die von dem nationalsozialistischen Referendar Dr. Hübner und von einem anderen nationalsozialistischen Zeugen ermittelten Belastungszeugen gleicher Parteizugehörigkeit ohne Nachprüfung ihrer Bekundungen als Zeugen zuließ. Ueberhaupt scheint sich der Zeuge Hübner ohne den Einspruch der Staatsanwaltschaft bei dem Ermittelungsverfahren als eine Art Neben-Staatsanwalt privat betätigt zu haben. Er fühlte sich nach seinen eigenen Aussagen selbst dazu „als Jurist verpflichtet". So sah man denn vor Gericht dieses ungeheure Aufgebot von nationalsozialistischen Zeugen, von denen 19 die eigentliche Schlägerei überhaupt nicht gesehen haben, wie der Verteidiger Dr. Braun richtig bemerkte. Neun von den Zeugen haben nur gesehen, wie Kukielczynski „lächelnd (!) dem Reichsbannerauto entgegenlief und winkte", während fünf Entlastungszeugen mit Bestimmtheit bekundeten, daß Kukielczynski verfolgt und geschlagen wurde, bevor das Auto kam. Ueber die angebliche Aufreizung zum schweren Landfriedensbruch gingen die Aussagen der drei in Frage kommenden Zeugen vollkommen auseinander. Offensichtlich bei diesem Prozeß war die gänzlich verschiedenartige Behandlung der beiden Parteien, und anfechtbar wird es auch bleiben, daß die ursprüngliche Anklage auf einfachen Landfriedensbruch allein wegen der Aussage eines einzigen nationalsozialistischen Zeugen in schweren Landfriedensbruch umgewandelt wurde.

Das Urteil, das in den späten Abendstunden gefällt wurde, und auf das eine vielhundertköpfige Menschenmenge vor dem Gericht stundenlang wartete, lautete wegen gefährlicher, aus politischen Motiven begangener Körperverletzung gegen 15 der angeklagten Reichsbannerkameraden auf je 4 Monate Gefängnis. Die anderen Angeklagten, darunter der Parteisekretär Kukielczynski und die zwei Nationalsozialisten, wurden freigesprochen. Die unten wartende Menge, der sich eine mächtige Erregung bemächtigt hatte, wurde von der Polizei auseinandergetrieben. Klassengenossen, macht in Zukunft solche Urteile unmöglich, schließt die proletarische Einheitsfront!

E. K.

Das Gegenbeispiel

Ein krasses Gegenbeispiel zu dem gestern abgeschlossenen Sondergerichtsverfahren gegen den Reichsbannerkameraden Kukielczynski, der als Ueberfallener auf der Anklagebank saß, gegen den der Staatsanwalt zwei Jahre Zuchthaus beantragt hatte, bildet die Sondergerichtssitzung in Waldenburg gegen den Nationalsozialisten Rolke. Das WTB. meldet unter dem 8. September unter der sonderbaren Ueberschrift „Sühne für eine Bluttat an einem Reichsbannermann" aus Waldenburg:

„Vor dem Waldenburger Sondergericht stand heute der nationalsozialistische Landwirt Kurt Rolke aus Dittmannsdorf. Er war angeklagt, in der Nacht zum 16. Juli den Reichsbannermann Geiswinkler in Reußendorf bei Waldenburg niedergeschossen zu haben. Geiswinkler ist wenige Stunden danach seinen Verletzungen erlegen. Rolke war von einem SA-Treffen aus Striegau zurückgekehrt, als er auf dem Heimwege dem Reichsbannermann Geiswinkler und dessen Freund begegnete. Es kam zu einem Wortwechsel, dem die Bluttat folgte. Der Staatsanwalt beantragte 2½ Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis wegen Waffenmißbrauchs; wegen schwerer Körperverletzung mit Todeserfolg erfolgte Freispruch, da das Gericht annahm, daß Rolke in berechtigter Ueberschreitung der Notwehr gehandelt habe."

Kommentar überflüssig.

Sondergerichte über dir

Das Oelser Sondergericht verurteilte drei Reichsbannerleute zu 5 und 3 Monaten Gefängnis, weil sie einen Nationalsozialisten angeblich vom Rade gezogen haben sollen.

Vor dem Sondergericht in Beuthen standen 18 Kommunisten, die anläßlich einer Arbeitslosendemonstration festgenommen worden waren. Die sogenannten „Rädelsführer" wurden zu Gefängnisstrafen von 2 Jahren, 1 Jahr 3 Monate und 1 Jahr verurteilt. Die Strafen der übrigen bewegen sich zwischen 6 und 10 Monaten. 5 Angeklagte wurden freigesprochen.

Das Sondergericht in Ratibor verurteilte einen Arbeiter zu 10 Monaten, einen anderen zu 8 Monaten Gefängnis.

Das Sondergericht in Görlitz verurteilte 12 Arbeiter zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu 1 Jahr 3 Monaten. Von 19 Angeklagten wurden nur drei freigesprochen. In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende darauf hin, „daß das Gericht sich diesmal nicht mit hochpolitischen Fragen (aber immerhin politisch. Anmerkg. d. Red.) zu beschäftigen habe. (Wozu also das Sondergericht?) . . . Die verhängten Strafen sollen als Abschreckungsmittel dienen." — So! So!

Aus dem Getriebe der weltlichen Schule

Wir treten in ein Klassenzimmer der Lernanfänger. Welch anderes Bild als das, das aus unserer Schulzeit in unserer Erinnerung haftet! Die hellen großen Flächen der Wände voll der lustigsten Bilder aus dem Kinderland: Osterhase und Mickymaus, Rollerfahrt und Fackelzug, Giraffe und Swinegel, Schornsteinfeger und Knusperhexe, Bienenstock und Eisenbahn, Rübezahl und Zirkusklown usw. usw. Und bei jedem Bilde, sinnenfällig und darum fast von selbst sich einprägend, ein Laut des Alphabets, der zu dem Bilde in Beziehung steht. Eine lustig-bunte, an die Wand gemalte Fibel ist das ganze Klassenzimmer! Und das alles ist eigenstes Werk des Lehrers, geschaffen unter großen Opfern an Geld und Freizeit, geschaffen den Kindern zur Freude, der Schule zuliebe. Diese Schule aber ist — eine weltliche!

*

Ein Klassenzimmer des zweiten Schuljahres. Blumen auf allen Fenstern. Auf dem Tische eine Mappe mit der Aufschrift „Aus dem Leben unserer Klasse". Völlig freiwillig geleistete Aufsätze der Siebenjährigen sind es, jetzt nach den Sommerferien schon über hundert. Fast alle sind illustriert. Wir werfen einen Blick hinein und lesen:

Nach Ostern

Unser erster Schultag nach Ostern war sehr lustig. Erst hat sich der Onkel Willy für die vielen Osterbriefe bedankt, die wir ihm geschrieben haben. Dann haben wir unsere Briefe der ganzen Klasse vorgelesen. Fast alle Kinder haben vom Osterhasen erzählt. Aber einige haben auch dazu geschrieben, daß es gar keinen richtigen Osterhasen gibt. Das ist genau so ein Märchen wie mit dem Christkind. Die schönen Ostereier müssen die Eltern kaufen. Wenn der Vater aber kein Geld hat, weil er arbeitslos ist, dann kommt kein Osterhase. Auf alle Briefe haben wir schöne bunte Bilder gemalt. Darüber hat sich der Onkel Willy sehr gefreut."

Klassenordner

„Als wir noch in der 8. Klasse waren, mußte unser Lehrer alles selbst machen, das Blumengießen, das Tafelabwischen usw. Aber das wär' doch gelacht, wenn wir das nicht auch könnten! Wir sind doch jetzt schon in der 7. Klasse, und wir wollen von nun an unser Klassenzimmer selbst in Ordnung halten. Wir haben uns das so ausgedacht: Immer zwei Kinder sollen Klassenordner sein. Jeden Montag kommen zwei andere Kinder an die Reihe. Ob wir das wirklich schon können, allein Ordnung zu halten? Klar, wir sind doch keine Pappekindel mehr! Aber die zwei Klassenordner können es nicht allein. Alle müssen mithelfen. Niemand wirft Papier umher. Niemand schmiert die Tafel voll. Niemand läßt seine Topfblume verdursten. Niemand macht Krach, wenn der Lehrer nicht da ist. Wenn alle Ordnung halten, dann haben es die Klassenordner leicht."

Unsere Klassenkasse

„Morgen hat Arthur Geburtstag. Soll er das nicht auch in der Schule merken? Klar! Vielleicht hat er zu Hause gar keine Geburtstagsfeier, weil sein Vater arbeitslos ist. Da soll er wenigstens in der Schule eine haben. Wir wollen ihm sieben Lichter anzünden. Wir wollen ihm aus Schokoladenplätzchen eine große Sieben auf den Tisch legen. Wir wollen ihm einen Blumenstrauß hinstellen. Die Blumen können Kinder mitbringen, die zu Hause einen Garten haben. Aber die Lichter kosten Geld und die Schokoladenplätzchen auch. Wo soll das Geld herkommen? Zum Glück haben wir unsere Klassenkasse. Die Kinder, wo der Vater noch Arbeit hat, bringen manchmal einen Böhm oder einen Sechser oder auch nur einen Pfennig mit. Davon können wir dem Alfred morgen eine Geburtstagsfreude machen."

*

Mittwoch Nachmittag. Still liegt das Schulhaus. Aber was ist das? Geigen- und Flötentöne aus einem Klassenzimmer! Wir treten ein. Da sind 30 Kinder des 3. Schuljahres unter Leitung ihres Lehrers am Musizieren. 30 Geigen und Flöten sind unter äußerster Anspannung der finanziellen Kräfte von den großenteils arbeitslosen Eltern dieser Kinder beschafft worden. In schöner Solidarität haben die wenigen besser Verdienenden tatkräftig mitgeholfen. Einige haben den vollen Anschaffungspreis eines Instrumentes beigetragen. Freigeistige Arbeiterorganisationen haben das gleiche getan. Der Lehrer stellt Woche für Woche seine Kraft und seine Zeit ohne Entgelt zur Verfügung, und so wächst hier aus der solidarischen Hingabe aller ein Stück fortschrittliche Gestaltung der Schule. Und auch diese Schule ist — eine weltliche!

Das sind nur wenige Bilder aus dem Leben, wie es in den Grundklassen weltlicher Schulen herrscht. Wir werden demnächst Schilderungen aus dem Leben der oberen Jahrgänge weltlicher Schulen bringen, in denen die besondere Note der Sammelschulen noch klarer zum Ausdruck kommt. Aber schon auf Grund der vorstehenden Schilderungen stellen wir die Frage:

Arbeitervater, Arbeitermutter, meinst du nicht, daß auch deine Kinder in diesen Schulen am besten aufgehoben sind? Dann geh noch morgen hin und melde deinen Lernanfänger in der Sammelschule an und melde deine größeren Kinder in die Sammelschule um!

Auch die höheren und die Berufsschulen

wegen spinaler Kinderlähmung geschlossen

Waldenburg, 8. September.

Die Direktoren des Gymnasiums und der Oberrealschule haben ab heute gleichfalls die Schließung ihrer Schulen bis auf weiteres angeordnet. Gestern hatte bereits die Holtelschule geschlossen. Wie aus der amtlichen Bekanntmachung heute zu ersehen ist, wird ebenfalls die Schließung der Berufsschulen bis zum 17. September angeordnet.

*

Die Zahl der Erkrankungen an Spinaler Kinderlähmung im Kreise Waldenburg hat sich auf 25 erhöht. In Seitendorf ist ein fünfjähriges Kind der Krankheit erlegen. Es ist dies das zweite Todesopfer im Kreise Waldenburg.

Mutter und Kind gasvergiftet aufgefunden

Breslau, 8. September.

In ihrer Wohnung in Breslau-Krietern wurden die 37jährige Ehefrau Marta J. sowie ihr ¾ Jahre altes Kind gasvergiftet aufgefunden. Die Frau war asthmaleidend und hatte sich in der Wohnung ein Asthmapulver zur Linderung der Atemnot angezündet, um mit diesen Dämpfen inhalieren zu können. Gleichzeitig öffnete sie den Gashahn, um Wasser warm zu machen. Sie vergaß jedoch das Gas anzuzünden und atmete gleichzeitig mit den Pulverdämpfen das Gas ein. Auch das Kind hatte eine Gasvergiftung davongetragen. Mutter und Kind wurden bewußtlos aufgefunden und verstarben kurz darauf noch in der Wohnung.

Dreister Raubüberfall in Gogolin

Oppeln, 8. September.

In der vergangenen Nacht drangen in Gogolin drei bewaffnete junge Leute in das Anwesen des Häuslers Stroka. Die Eheleute, die im Schlafe überrascht wurden, wurden von den Banditen an Händen und Füßen gefesselt. Nach längeren Mißhandlungen verrieten die Eheleute den Aufbewahrungsort von 45 Mark. Dieser Betrag hat aber offenbar den Räubern nicht genügt. Sie drangen noch in die Wohnung der im ersten Stock wohnenden Witwe Titze ein, schlugen die Frau ins Gesicht und stießen sie die Treppe hinunter. Die Frau wurde dann gleichfalls gefesselt und zu dem Ehepaar Stroka gebracht. In der Wohnung der Witwe erbeuteten sie 250 Mark.

Blumentag der Breslauer Schrebergärtner

Erntefest auf der „Füllertinsel"

Breslaus Schrebergärtner, die sich zum übergroßen Teil aus Erwerbslosen zusammensetzen, zu den kinderreichen Familien zählen und auch sonst nicht mit Gütern gesegnet sind, wollen, anläßlich ihres diesjährigen Blumentages von ihren Erzeugnissen Freude spenden.

In über 90 Kleingartenkolonien wird Sonntag früh ein Wettbewerb einsetzen, um möglichst viel Blumen und Früchte zusammenzutragen und durch Schreberjugend in Breslaus Alters- und Krankenheime bringen zu lassen.

Am Sonnabend soll auf der „Füllertinsel" ein Schreber-Erntefest durch den Bezirk Nord des Verbandes Breslauer Kleingartenvereine aufgezogen werden, zu dem alle eingeladen sind.

Veranstaltung zum

Internationalen Jugendtag

in der Monistischen Gemeinde, Grünstraße, am Sonnabend, 10. September. Unkostenbeitrag für Jugendliche 10 Pfg., für Erwachsene 15 Pfg. Dazu ruft auf Die Aktionsgemeinschaft der proletarischen Jugend.

Religion, Kirche und Klasse

I.

Bürgertum und Religion

Jedesmal, wenn revolutionäre, aufsteigende Klassen um ihre Anerkennung und Durchsetzung kämpfen, finden sie auf der Seite ihrer Gegner als eine der stärksten Kräfte des Beharrens die Religion und ihre organisatorischen Vertretungen, die Kirchen. Diese bilden die festesten Stützen autoritärer Anschauungen, auf deren Zerstörung das Ziel jeder neuen Klasse gerichtet sein muß.

Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts steht das Bürgertum in heißem Kampfe gegen die Kirche, die im Bunde mit dem Absolutismus seine Todfeindin ist. Die französische Revolution, in der dieser Kampf am markantesten zum Ausdruck kommt, trifft nach ihrem Sieg die schärfsten Maßnahmen gegen die Kirche: Sämtliche Abgaben an die Kirche werden eingestellt; alles Kirchengut wird zum Nationaleigentum erklärt; alle mit irgendwelchen Vorrechten ausgestatteten Kirchenämter werden aufgehoben; die Geistlichen werden der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterworfen und dürfen ihre Kulthandlungen nur im Rahmen des bürgerlichen Staates vollziehen; jede Abhängigkeit vom Papst in Rom wird als Landesverrat bestraft.

Das durch den Liberalismus vertretene Bürgertum verkörpert gegenüber dem alten Staat und der alten Ordnung das freiheitliche Prinzip. Es stützt sich im Gegensatz zu ihnen, die auf Glauben beruhen, auf die Vernunft und proklamiert Glaubens- und Gewissensfreiheit, sowie Freiheit der Wissenschaft als ihre Postulate, die mit den Dogmen und der Autorität der Bibel in unvereinbarem Widerspruch stehen und die Entfaltung der Industrie und des Kapitalismus hemmen. Der Gegensatz beider Auffassungen führt den Liberalismus an die Seite der großen naturwissenschaftlichen Materialisten Moleschott, Vogt, Büchner, Henckel, die die religiöse Vorstellungswelt kritisch analysieren: an die Stelle der Schöpfung tritt die Lehre von der Erhaltung der Materie und der Energie, an die Stelle der Wunder das Kausalitätsgesetz. Feuerbach nennt die Meinung, Religion sei für das politische Leben gleichgültig, eine oberflächliche Behauptung. In den Debatten der Frankfurter Nationalversammlung fordert Professor Vogt aus Gießen die Beseitigung der Kirche überhaupt: „Ich bin für die Trennung der Kirche vom Staat, allein nur unter der Bedingung, daß überhaupt das, was Kirche genannt wird, vernichtet werde, daß es spurlos verschwinde von der Erde und sich dahin zurückziehe, wo es seine Heimat hat, in den Himmel, und zwar in d e n Himmel, von dem wir erfahren werden nach unserem Tode, von dem wir aber vielleicht nichts wissen wollen, so lange wir auf Erden sind". Kirche und Religion nennt er „Hemmschuh der Zivilisation, Zwangsanstalt der freien Entwicklung". Johann Jakoby führt in Fortsetzung dieser Gedankengänge folgendes aus: „Sicher ist die Zeit nicht mehr fern, da die richtige (durch Erfahrung und Urteil berechtigte) Weltansicht zu einem Gemeingut aller geworden, die religiöse Selbsttäuschung dagegen, der Gottesglaube und die Gottesgelehrtheit, nur noch eine historische Antiquität und — gleich der Alchemie und Astrologie — dem Bereich der Geschichtsforschung anheimfallen wird . . ., aber für das Menschengeschlecht ist das Ende der Kirche (des Gottesglaubens) erst der eigentliche Anfang der Erkenntnis."

Solche Auffassungen über Religion und Kirche bleiben jedoch nur solange politischer Besitzstand des Bürgertums, solange es zur Macht strebt oder um deren Sicherung besorgt sein muß. Als gefestigte herrschende Klasse macht es seinen Frieden mit dem alten Gegner aus Furcht vor dem in seinem Schoß erwachsenen Proletariat. So wiederholt sich heute, im Zeitalter des Riesenkampfes zwischen Kapital und Arbeit, nur auf einer anderen Klassengrundlage, der gleiche Vorgang wie vor bald 1½ Jahrhunderten; das Bürgertum, die ehemaligen Liberalen, steht mit der einstigen Todfeindin im engsten Bündnis gegen die aufstrebende Arbeiterklasse. Aus ehemaligen Atheisten und wütenden Religions- und Kirchenfeinden sind zahme Freidenker geworden, die mit Hohn und Spott diejenigen aus der eigenen Klasse übergießen, die noch an die religiösen Dichtungen glauben, die aber dem V o l k e die Religion erhalten wissen wollen. In unseren Tagen des absterbenden Kapitalismus kehren sie in den Schoß der Kirche zurück und binden sich die religiösen Scheuklappen wieder vor, weil sie in ihrem von dem Ansturm der Arbeiterklasse bedrohten Schicksal Trost in der Religion suchen, wie so mancher jugendliche Pfaffenfresser, wenn er seine Todesstunde herannahen fühlt.

Aus diesen klassenmäßigen Vorgängen und Veränderungen wird uns auch die heutige Haltung des einstmals liberalen Bürgertums zu allen Kulturfragen verständlich, besonders seine reaktionäre Schulpolitik und seine Kirchenfreundlichkeit bei Konkordaten und Kirchenverträgen.

II.

Marxismus und Religion

Der konsequente Marxismus hält in der Religionsfrage an der Formulierung seines Begründers fest: „R e l i g i o n i s t O p i u m f ü r d a s V o l k". Darum sieht er in der Verbreitung der atheistischen Weltanschauung eine seiner wichtigsten Aufgaben. Er erkennt in der Religion eine der mächtigsten und gefährlichsten Waffen in den Händen der herrschenden Klasse, mit der sie ihre Klassenvorrechte, die wirtschaftliche Ausbeutung, die soziale Ungleichheit und Entrechtung und die politische Unterdrückung der werktätigen Massen durchzusetzen und aufrechtzuerhalten weiß.

Die Unorientiertheit über die Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Forschung, die Unbeirrtheit mit der Natürlichkeit und Gesetzmäßigkeit im Weltgeschehen und in der Menschheitsentwicklung, der kindliche Glaube an Mythen und Geisterscheinungen gegenüber dem Unerklärbaren und Wunderbaren, haben das Gewebe religiöser Vorstellungen und Gefühle bei den breiten Massen gesponnen, halten sie gefangen, erzeugen in ihnen das Gefühl der Ohnmacht und der Sehnsucht nach Erlösung. Noch viel weniger als die Erkenntnisse der Naturwissenschaft sind ihnen die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung bekannt, die auch — wie der historische Materialismus beweist — von keinerlei übernatürlichen Kräften beeinflußt werden.

Die k a p i t a l i s t i s c h e Produktionsweise enthält alle Voraussetzungen, um den proletarischen Massen die Vorgänge im Natur- und Menschenleben mit dem Mantel des Dunklen und Geheimnisvollen zu umgeben, ihr Denken zu umnebeln und auf übernatürliche Kräfte hinzulenken, den Glauben an Gott zu begründen und durch metaphysische Erklärungen die ihnen erst recht unfaßbar erscheinenden Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens zu enträtseln. Der komplizierte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise ist weder dem Produzenten, noch viel weniger dem Arbeiter verständlich. Warenerzeugung und -austausch vollziehen sich ja nicht planvoll und sinnvoll, sondern elementar, anarchisch; sie werden von den Zufälligkeiten des Marktes beherrscht, die niemand voraussehen kann, und die heute Ueberfluß, morgen Mangel heißen. Niemand kennt die Ursache, warum so plötzlich Krise und Arbeitslosigkeit, große Preisschwankungen und Konkurse eingetreten sind, und diese tiefen gesellschaftlichen Veränderungen erzeugen eine ungeheure Existenzunsicherheit, erschüttern die Menschen und erfüllen sie mit Angst vor einer ungewissen Zukunft.

In einer s o z i a l i s t i s c h e n Gesellschaft fallen alle diese Willkürlichkeiten der Produktion, des Marktes und der Konsumtion, alle Zufälligkeiten des wirtschaftlichen Lebens weg. Denn hier vollzieht sich alles nach einem wohldurchdachten Plan. Seine Aufstellung geschieht unter Mitbeteiligung aller arbeitenden Genossen, ebenso regelt sich der Anteil an der Güterverteilung und das Maß der Arbeit. So wird allem Geschehen, dem Plötzlichen, Unerwarteten und Geheimnisvollen der Boden entzogen, Krisen und Arbeitslosigkeit kommen in Wegfall, und die Sicherheit der Existenz wird gewährleistet. Alle Gründe für eine übernatürliche Erklärung fallen weg, dem Aberglauben ist die Tür versperrt, denn alle Voraussetzungen für sein Entstehen fehlen. Der Sozialismus macht so nicht nur die Kirche als Verschleißer der religiösen Vorurteile entbehrlich, er hebt auch die Suggestivkraft der religiösen Ideologie auf. E r w i r k t i m S i n n e d e s A t h e i s m u s.

Beim Kampf um die sozialistische Weltanschauung wäre es aber verfehlt, wenn man ihn mit der Bekämpfung der religiösen Ideologie bei den Massen einleiten oder gar mit äußerem oder innerem Zwang, mit Verhöhnung und Verspottung derselben führen wollte. Damit würde man nur das Gegenteil von dem erreichen, was man zu erzielen hofft, nämlich Märtyrer des Glaubens schaffen und die Aufklärung verzögern. Denn die religiösen Vorurteile sind tief im Leben der Menschen verwurzelt, und zu ihrer Ueberwindung bedarf es großer Geduld und Vorsicht, zäher Ausdauer und eines feinen Taktgefühls. Marxistische Aufklärung verbindet den Kampf gegen die religiöse Rückständigkeit mit den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen der Massen, deckt auf, wie Religion und Kirche diesen stets mit Ablehnung gegenüberstehen und weist die Notwendigkeit nach, warum vom proletarischen Standpunkt aus die materielle wie die ideelle Unterstützung der Kirche durch den Staat zu verwerfen ist, a b e r s i e e n t f a c h t k e i n e n K u l t u r k a m p f. Kein Geringerer als Lenin verwahrt sich in einem Briefe über „D a s V e r h ä l t n i s d e r A r b e i t e r k l a s s e z u r R e l i g i o n" gegen eine solche Sorte Aufkläricht und findet darin einen wesentlichen Unterschied zwischen bürgerlichem Materialismus und Marxismus. Er formuliert ihn so:

„Die Furcht hat die Götter erzeugt. Die Furcht vor der Macht des Kapitals, die eine blindwütende Macht ist, weil sie von den Volksmassen nicht vorausgesehen werden kann, die auf Schritt und Tritt den Proletarier und kleinen Eigentümer bedroht und über sie „plötzlich", „unerwartet", „zufällig" Ruin, Untergang, Verwandlung in einen Bettler, einen Pauper, eine Prostituierte bringt, sie dem Hungertode preisgeben kann und dies auch tatsächlich tut — das ist der Ursprung der heutigen Religion, die der Materialist vor allem und am meisten vor Augen haben muß, will er nicht in den Kinderschuhen des Materialismus stecken bleiben."

Unsere politische, und vor allem die Freidenkerpropaganda kann daraus viel lernen.

(Zwei Artikel folgen!)

Georg Steinfeld.

Chronik von der unbeschreibbaren Not in diesem verfluchten Jahr

Solches ereignete sich vorschriftsgemäß in diesem verfluchten Jahr,
Daß manches Kindes Vater, der nur ein Arbeiter war,
Und nicht satt wurde von den erbärmlichen Fürsorgegroschen,
Auf den Straßen demonstrierte und ward mit dem Gummiknüppel gedroschen,
So er sich fragte: Was ist das in diesem Land,
Wo keine Arbeit ist und kein Brot?
Darf man in diesem Land
Nicht rebellieren gegen die Not?
Gilt hier nur das Verbot
Und kein menschlich Gebot?

Desgleichen war es an der Tagesordnung in diesem verfluchten Jahr,
Daß eine Arbeiterfrau, die Mutter von beispielsweise fünf Kindern war,
Mit Notdurft und Entbehrung kaum diese konnte ernähren
Und hatte nicht Lust, noch ein sechstes der Not zu gebären,
Sondern sie sagte sich: Was soll das in diesem Land,
Wo keine Arbeit ist und kein Brot?
Soll man in diesem Land
Noch vermehren die Not?
Gilt hier das Verbot
Mehr als menschlich Gebot?

Denn es passierte zu vielen Malen in diesem verfluchten Jahr,
Daß mancher Eltern Kind niemals gesättigt war
Und seine Jugend aus Elend bestand und war allen zur Last,
War nur ein getretener Hund und ein verhaßter Gast,
Weshalb es sich fragte: Was ist das für eine Welt,
Wo man hungert und hat kein Brot?
Warum gibt es auf dieser Welt
Soviel Schläge und soviel Not?
Verfolgt uns das Verbot
Von der Geburt in den Tod?

Walter Steinbach.

Kleines Kabarett

Wahre Geschichte

Die kleine Trude hat im Religionsunterricht eine Aufgabe zum Auswendiglernen bekommen. Bei der Ausführung dieses Auftrages gelangt sie auch zu der Stelle, in der es heißt: „Und Christus speiste 5000 Mann. — „Sag', Papa", wendet sie sich an mich, „hat der liebe Jesus die alle auf einmal essen können?"

Gegen die Linke

Ein neuer Erlaß des Herrn Reichsinnenministers weist darauf hin, daß die Verwendung von roter Grütze in den staatlichen Waisenhäusern und Kinderheilanstalten nicht mehr zulässig ist. Der Herr Minister ist fest entschlossen, die Leiter solcher Anstalten, die sich in dieser oder anderer Form dem Verdacht aussetzen, sozialistischen Tendenzen zu huldigen, persönlich zur Verantwortung zu ziehen. (Ente.)

Politischer Selbstmord

In dem D-Zug Hannover—Berlin hat ein Mann knapp vor der Endstation Selbstmord begangen. Es wurde festgestellt, daß es sich um einen Kommunisten handelt, der ein Attentat auf den deutschen Staat plante. Aus Reue über seine furchtbare Absicht dürfte er sich das Leben genommen haben. Die Polizei fand in seinem Besitz verschiedene Papiere, welche die kommunistische Parteileitung stark kompromittieren. Von dem Selbstmörder fehlt jede Spur. (Ente.)

Aufklärung

Wie der „Angriff" meldet, hat der Stahlhelm die 128 000 koscheren Bockwürste von der Firma Koschwitz bezogen, weil Duesterbergs Urgroßvater ein Jude war.

Kinderlied

Es klappert die Mühle am rauschenden Bach
Schon lang, schon lang nicht mehr.
Der Müller hat Muße bei Tag und bei Nacht,
Ist plei-, ist pleite sehr.
In Amerika wird der Weizen verbrannt,
Dafür hungern die Kinder im deutschen Land,
So gleicht sich alles aus.

Roter Pfeffer.

Berliner Kalauer

„Du, Maxe, die Straßenbahnlinie 3 heeßt jetzt nicht mehr Stadtring, die is umjetauft in Papenring."

„Warum denn det?"

„Se fährt ohne Anhänger und macht den großen Bogen ums Zentrum."

Roter Pfeffer.

Das Pfäfflein scherzt . . .

Der berühmte Kardinal B. war in ein oberschlesisches Dorf gekommen, und aus der ganzen Umgegend strömte alles herbei, den hochgelahrten Mann predigen zu hören. Die Kirche war zu klein und konnte die Menge der Gläubigen nicht fassen. Kurzentschlossen errichtete man unweit der Kirche an einer Hecke einen Altar im Freien, und — umgeben von der Geistlichk — hielt der Kardinal die Predigt.

Eben, als der gottesfürchtige Mann damit beschäftigt ist, in weitausholenden Worten ein Gleichnis der heiligen Schrift auszulegen, kommt unerwartet aus der Hecke ein Kaninchen gesprungen, setzt sich dicht vor den Kardinal, äugt ihn an und legt ein Ohr zurück.

Voll Entsetzen starren die Geistlichen auf das kleine Tier, das in seinem Unverstand sich anmaßt, den Gang der Handlung zu stören.

Aber niemand rührt sich. Erst, als Bewegung in die andächtig lauschende Menge kommt und ein Lied angestimmt wird, dreht das Kaninchen sich um und verschwindet wieder hinter der Hecke.

Die Predigt war zu Ende, und der Herr Kardinal saß mit seinen Herren bereits im Wagen. Da wandte sich einer von ihnen um und sagte: „Eminenz, — es war wie beim hl. Franziskus! Die Tiere des Waldes waren gekommen, um Ihrer Predigt zu lauschen!"

Der Herr Kardinal lächelte verständnisinnig und kniff ein Auge zu. Dann sagte er nachdenklich: „Nein, mein Lieber! — Sie meinen sicher den — — Hasen — vorhin? — Nein, nein! — Der hatte nur den — Kohl gerochen!"

(H. M. aus der Ente.)

Im Pionierclub

Jungen und Mädels mit roten Krawatten saßen im Saal und auf dem Podium. Josef führte mich hinauf und ich wurde der Versammlung vorgestellt. Die Kinder fingen an zu klatschen; ich stand da und wußte nicht recht, wie ich mich zu verhalten hatte. Sollte ich mich verbeugen? Glücklicherweise eröffnete die Vorsitzende, ein zwölfjähriges Mädchen in einer Windjacke, die Versammlung mit dem Verlesen der Tagesordnung. I. Punkt: Erziehung der Eltern. II. Punkt: Bericht über die geleistete Arbeit. III. Punkt: Vortrag einer ausländischen Genossin über die revolutionäre Kinderbewegung in kapitalistischen Ländern. Nachdem die Vorsitzende noch irgend eine Nina ermahnt hatte, nicht zu schwatzen, wurde die Debatte über Punkt I eröffnet. Die Schriftführerin flüsterte mir zu: „Sie sind doch nicht böse, Genossin, daß wir Ihren Vortrag an den Schluß gesetzt haben? Aber die meisten Kinder sind gekommen, um Sie zu hören, und wir fürchten, daß sie fortgehen würden, wenn wir Sie zuerst sprechen ließen."

Eine Rednerin hat sich zum Wort gemeldet: „Ich bin der Meinung, daß besonders das Klassenbewußtsein der Mütter viel zu wünschen übrig läßt. Als wir das letzte Mal in die Kollektivwirtschaft fuhren, um bei dem Umgraben der Gemüsebeete behilflich zu sein, ist das geradezu kraß zum Ausdruck gekommen. Jede Mutter fürchtete sich, daß sich ihr Söhnchen oder Töchterchen erkältet. Mit den Buben allerdings machen sie nicht solche Geschichten . . ." Ein Bub springt in der ersten Reihe triumphierend auf: „Weil wir uns nichts gefallen lassen!" Protestierende Rufe der Mädchen: „Nein! Unsinn! Kleinbürgerliche Vorurteile! Man traut uns nichts zu!" Die Vorsitzende schwingt die Glocke: „Ruhe!" Die Rednerin fuhr fort: „Die Mutter Lenas hat sogar geweint und gesagt, Lena sei zu schwach, um bei Feldarbeiten mitzuhelfen!"

„Meine Mutter hat auch geweint!" schreit ein kleiner Junge von hinten, „aber mein Vater hat es ihr gegeben! Mein Vater ist — oho! der stärkste Mann im Betrieb. „Du unfrisierte Gans," hat er gesagt, „wie lange soll man dir noch erklären, daß die Kinder jetzt auf eine neue Art leben müssen." Gelächter.

„Keine Zwischenrufe!" klopft die Vorsitzende, „wer reden will, der melde sich bei mir! Bist du fertig, Sascha? Dann hat Genossin Samoilowa das Wort."

Genossin Samoilowa ist eine siebzehnjährige Jungkommunistin, welche die Pioniergruppe leitet und zu der die Kinder aufblicken wie zu einer Veteranin. Sie sagt, daß man, um Einfluß zu gewinnen, an sich selbst arbeiten müsse. Wie benehmen sich aber die Pioniere? Bei der letzten Feier hat Mischa von der Bühne aus zur Galerie hinaufgerufen: „Nun, worauf wartet Ihr? Auslöschen!" Eine große Disziplinlosigkeit! Ein schlechtes Beispiel für die Eltern!

Der II. Punkt der Tagesordnung wird nicht minder eifrig besprochen. Die aufklärende Arbeit im Kindergarten hat vollständig versagt. Genossin Samoilowa erzählt einen Vorfall, der sich kürzlich zugetragen hat. Ein paar Kinder erklärten sich als Stoßbrigadler. Wie alle Stoßbrigaden hatten sie die Aufgabe, den anderen mit gutem Beispiel voranzugehen: sich vor den Mahlzeiten die Hände zu waschen, sich nachher niederzulegen ohne zu schwatzen und womöglich einzuschlafen. Da riefen die anderen Kinder: „Wenn Ihr Stoßbrigadler seid, so muß man Euch stoßen!" Darauf wollten sogar zwei kleine Jungen, den man Beulen geschlagen hatte, aus der Stoßbrigade austreten. Wer ist Schuld daran? Natürlich die dienstmachenden Pioniere, die es versäumt haben, den Kindern die Bedeutung des Wortes „Stoßbrigade" zu erklären.

Lilli Körber

Werbt Abonnenten!

Sie rüsten — zu Lande, Wasser, in der Luft

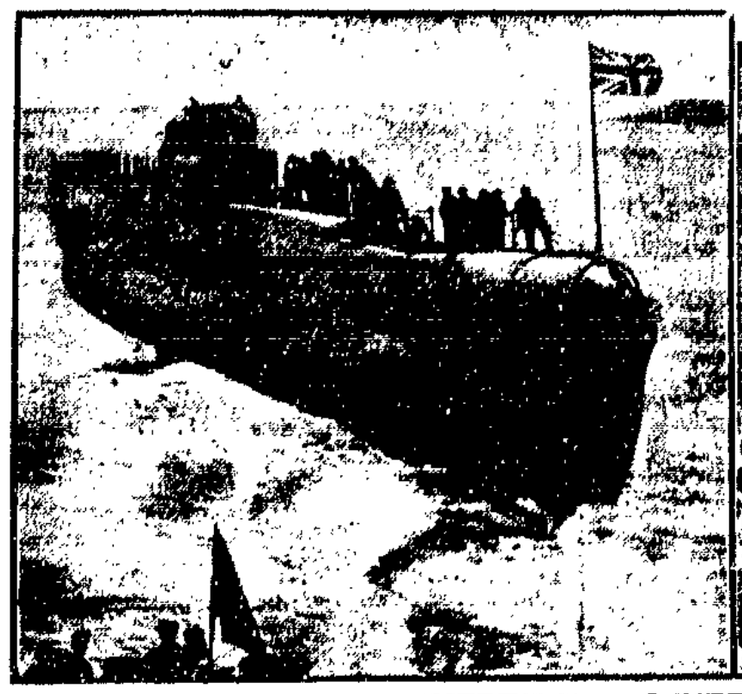
Englischen Arbeitslosen geht es so dreckig, daß sie zwar nicht aus Begeisterung, mehr aber aus Verzweiflung Soldaten werden.

Bilder von den Fortschritten der Waffentechnik — U-Boote, neue Maschinengewehre, Kampfflugzeuge, japanische Horchapparate für Fliegersuche.

gegen die Sowjet-Union

„Wie zum Kapitalismus der Imperialismus, so zum Imperialismus der Imperialistische Krieg"
(Sternberg)

„Krieg dem imperialistischen Kriege!"



Nationalsozialistischer Flugtag

Bürgerkriegs-Vorbereitungen der Nazis im Beisein der Behörden

Am letzten Sonntag hatten wir Dresdner die Ehre, vor den Toren der Stadt einen Flugtag mitzuerleben, der dem Charakter einer „Arbeiter"-Partei, wie es die NSDAP doch sein will, alle Ehre macht. Der beste Beweis, daß die NSDAP eine Arbeiterpartei ist, dürfte dadurch erbracht worden sein, daß das größte Landflugzeug G 38 diesen Flugtag für die Nazis kassenkräftiger zu machen suchte. An den Rundflügen des G 38 über Dresden, die ausnahmsweise pro Person „nur 7 RM" kosteten, beteiligten sich in erster Linie selbstverständlich Arbeiter, die heute millionenweise entweder überhaupt keine oder 4—10 Mark Unterstützung oder 20—25 Mark pro Woche erhalten, womit sie sich selbst bzw. ihre Familie ernähren müssen. Es liegt also auf der Hand, daß es größtenteils die in der NSDAP organisierten Arbeiter waren, die sich im G 38 als Fluggäste räkelten.

Insgesamt standen den Nazis 17 Flugzeuge zur Durchführung des Programms zur Verfügung und zwar: 3 Passagierflugzeuge, 1 Doppeldecker, 1 Segelflugzeug und 12 weitere Sportmaschinen. Auch die kleinen Passagierflugzeuge hatten den ganzen Nachmittag tüchtige Arbeit zu verrichten, weil auch hier sehr viele Hitleranhänger aus dem Arbeiterlager für 6 Mark pro Flug befördert werden sollten. Vor dem ersten Start der Flugmaschinen vollzog sich der SA-Aufmarsch von 2500 uniformierten Braunhemden. Aufmerksamen Beobachtern ist nicht entgangen, daß ein beträchtlicher Teil von auswärtigen Abteilungen herangeschleppt worden war, um die Dresdner Spießer durch einen SA-Massenaufmarsch zu bluffen.

Von sportlichen oder gar militärischen Gesichtspunkten betrachtet, zeigte der nationalsozialistische Flugtag keine besonderen Leistungen, obwohl der ganze Rummel eindeutig als nationalsozialistische Rüstung zum Bürgerkriege aufgezogen war.

Abgesehen von den Kunstflügen, die nichts Bemerkenswertes sehen ließen, wurde Ballonrammen, Ballonabschießen, Abwehr eines feindlichen Fliegers durch ein Geschwader, Bombenabwerfen als nationalsozialistisches Bürgerkriegsprogramm demonstriert. Die Hauptnummer des Tages sollte ein Bombenangriff auf ein Dorf bilden. Gebäude aus leichtem Brennmaterial wurden inmitten des Flugfeldes aufgebaut. Eines der Häuschen trug als Ausdruck der geistigen Regsamkeit der Flugtagsleitung die Aufschrift: Clara Zetkins Lumpensammlung; an einem anderen: Fürsorge-Versicherung. Neben der Lumpensammlung ging auch die Fürsorgeversicherung durch Nazibomben in hellen Flammen auf, wohl als Symbol für die politische Zielsetzung der NSDAP.

Eine ganz besondere Freude wollte die Flugtagleitung ihren Anhängern bieten. Bei der Programmnummer „Ballonabschießen" sollte in flugtechnischer Hinsicht nachgeahmt werden, was den braunen Arbeitermördern im Straßenkampfe so wohl gelingt: das Abschießen von Anhängern der Eisernen und Roten Front. Ein Ballon, im Durchmesser von sicherlich 2 m, bemalt mit den drei Pfeilen der Eisernen Front und dem Sowjetstern, wurde an einer Leine in die Höhe gelassen und sollte von den Flugzeugen abgeschossen werden. Die Maschinen stiegen, Schüsse, gegen den Ballon gerichtet, knallten, doch o weh, sie trafen nicht. Immer weiter ging dieses auf Menschenvernichtung hinzielende Spiel und plötzlich, o Graus, stieg der Ballon nach dem bekannten Arbeiterlied: „und höher und höher und höher, wir steigen trotz Haß und Hohn, wir schützen die Sowjetunion", bis er den Blicken der enttäuscht gaffenden Nazis entschwunden war. Jawohl, die Arbeiterklasse ist unüberwindlich, wenn die Träger der drei Pfeile und jene mit Hammer und Sichel den Braunhemden in einer Front entgegentreten!

Mit Zustimmung der Regierung im Reiche und in Sachsen, im Beisein uniformierter Reichswehroffiziere und Behördenvertreter, vor allem unter dem Schutze der Polizei darf die Hitler-Partei offen zum Bürgerkrieg rüsten. Arbeiter, die ihr heute noch im Reichsbanner organisiert seid, wir fragen euch: was würde wohl die hohe Obrigkeit in unserer glorreichen Republik unternehmen, wenn eine Arbeiterorganisation in ähnlicher Weise Bürgerkriegsrüstungen betreiben möchte? Der von den Behörden geduldete, nationalsozialistische Dresdner Flugtag ist ein Beweis dafür, daß es gar keinen Wert hat, so wie es die SPD und KPD immer noch tun, an die Regierungen und Parlamente zu appellieren. Nur die außenparlamentarische Aktion der gesamten Arbeiterklasse kann hier für das Proletariat radikale Aenderung schaffen!

hrk.

Ereignisse des Alltags

Reichswehr-Autos stoßen zusammen

In der Nacht zum Donnerstag stieß auf der Landstraße Gotha-Ohrdruf, ein mit Reichswehrangehörigen besetztes Personenauto aus Gotha mit einem Anhänger eines zum Truppenübungsplatz ausrückenden Manövertransports der Reichswehr zusammen. Bei dem Zusammenstoß gab es einen Schwer- und vier Leichtverletzte. Die Verletzten wurden dem Städtischen Krankenhaus Ohrdruf zugeführt.

Flugzeugabsturz

Auf dem Kattowitzer Flugplatz stürzte eine Maschine des Schlesischen Aero-Klubs aus einer Höhe von 100 Metern ab und wurde vollständig zertrümmert. Pilot und Mechaniker konnten sich noch rechtzeitig durch Fallschirmabsprung retten. Die Ursache des Unglücks dürfte in einem Motordefekt zu suchen sein.

Schiffsunglück an der finnländischen Küste

Stockholm, 8. September.

Die „Galeasse Into" wurde gestern auf der Fahrt von Finnland nach Stockholm bei heftigem Sturm in den Schären unweit von Abo leck und ging unter. Der Kapitän und ein Mann der vierköpfigen Besatzung sind ertrunken

Eine Mannheimer Filiale des Apostels der Vasektomie

Mannheim, 7. September.

Zu dem in Graz von der Polizei aufgedeckten Sterilisations-Skandal, in dessen Verlauf der Anarchist Rudolf Großmann, bekannt unter dem Namen Pierre Ramus, verhaftet wurde, hat sich herausgestellt, daß es in Mannheim ein Auslieferungslager der von Pierre Ramus verfaßten Broschüre „Vasektomie — das Zaubermittel zur Verjüngung" gibt. Mannheimer Aerzte, an die Mitglieder des „Internat. Bundes für Kontingentierung der Bevölkerung" herangetreten waren, haben sich stets geweigert, die Vasektomie auszuführen. Soweit Mannheimer Anhänger von Pierre Ramus die praktische Durchführung der Vasektomie wünschten, haben sie sich operieren lassen. Die Mitglieder des „Internat. Bundes für Kontingentierung der Bevölkerung", meist Anarchisten und Kriegsgegner, waren verpflichtet, die Broschüre nur für den eigenen Gebrauch zu verwerten. Ein Verleihen war verboten.

Zum Frauenmord in Berlin

Berlin, 8. September.

Der Untermieter der ermordeten Frau Bruscato, Dr. Cyrceci Wantrupp, ist von seiner Reise zurückgekehrt und hat sich der Mordkommission zur Verfügung gestellt. Seine Vernehmung ergab wichtige Einzelheiten. In der Wohnung konnte festgestellt werden, daß sich der Mörder der Frau Bruscato nach der Tat umgekleidet hat. Der graue Hut mit dem schwarzen Band, der auf dem Schreibtisch gefunden wurde, gehört nicht dem Untermieter. Zweifellos ist er Eigentum des Mörders. Im Schrank des Untermieters fand man eine mit Blut beschmierte Smokingjacke. Wie sich zeigte, hat der Mörder die Smokingjacke des Untermieters angezogen und seine blutbefleckte dafür hineingehängt. Er hat auch sein Hemd zurückgelassen und dafür ein Hemd des Untermieters angezogen.

Ueberfall auf einen Eisenbahnzug in der Mandschurei

London, 9. September.

Einer Exchange-Meldung aus Charbin zufolge haben „Aufständische" an der mandschurischen Westbahn einen Eisenbahnzug angehalten, 50 Passagiere gefangen genommen und 15 000 Säcke mit Post erbeutet.

Aus Südwestsachsen

Plauen

Der internationale Jugendtag des KJV in Plauen fand unter Beteiligung von etwa 1200 Besuchern auf dem PSV-Platz statt. An dem Aufmarsch auf dem Platz beteiligten sich 360 Mann, darunter 72 Jugendliche. Das Niederschmetternde dieses Ergebnisses kommt erst zum Bewußtsein, wenn man vorher im Echo die Ankündigungen las, daß aus dem Zwickauer Bezirk „allein 500 Mann gemeldet sind". Dazu sollten noch Vogtland und Erzgebirge kommen. Die klägliche Beteiligung gab ein treffendes Bild von der „Schlagkraft der Avantgarde des Jungproletariats". Dreiviertel der Besucher waren Mitglieder der Plauener KPD.

*

Nach dem Eintreffen des neuen UB-Leiters Janka hat sich die Plauener KPD offenbar entschlossen, eine „kühne revolutionäre Wendung" vorzunehmen. Sie rief zu einer öffentlichen Versammlung für Montag abend auf, in der Janka sprach, und als in der Diskussion die Vertreter der SAP auftraten, wurde ihnen durch Gebrüll und Unterbrechungen durch die Versammlungsleitung das Reden unmöglich gemacht. Schließlich inszenierte der sehr jugendliche Versammlungsleiter sogar eine „Abstimmung", ob der Vertreter der SAP weiter reden dürfe (eine kühne Tat angesichts der kaum 30 Sapper) und entzog unserem Redner das Wort. — Uns scheint, der neue Kurs irrt sich. Mit diesen Methoden ist doch eine SAP nicht totzukriegen. Die Angst vor dem Einfluß der SAP, der in Plauen eine völlige Neubesetzung der KP-Funktionen nötig machte, läßt natürlich solche Maßnahmen entstehen. Sie sind der Anfang vom Ende. Selbst unbeirrbare KPD-Genossen erklären, daß es über das Vorgehen der jetzigen KP-Leitung in der Partei noch Diskussionen geben werde. Nur weiter so. Unsere Genossen sind verpflichtet, mit allen KPD-Genossen, die sie erreichen können, über diese Dinge zu diskutieren.

*

Nach dem Sturz Verners, der trotz seiner gewiß aufopfernden linienmäßigen Anstrengungen abgesägt wurde und einem jugendlichen MdR Platz machen mußte, der nach Meinung der obersten Instanzen die Einheitsfront mit größerer Schärfe zu bekämpfen versteht — zeigt sich die organisatorische Zerrissenheit innerhalb der KP besonders deutlich. Zahlreiche KPD-Genossen mißbilligen die Abberufung Verners aufs schärfste. Statt einer Besserung solle eine Verschlechterung durch den „jungen Schnüffel" eintreten. — Das kann ja heiter werden. Inzwischen zeigt sich im Plauener Gaswerk der erste siegreiche Vormarsch des neuen Kurses an der „revolutionären Gewerkschaftsfront": die RGO im Gaswerk hat sich nahezu liquidiert, 13 Anhänger der RGO sind geschlossen ausgetreten. Sie bleiben nicht die einzigen, auch in anderen Teilen der RGO-Anhängerschaft stehen Entscheidungen bevor. Es wird Licht . . .

Mühltroff

Die Freidenker hatten die Arbeiterschaft aufgerufen zu einer Kundgebung gegen den drohenden imperialistischen Krieg, für den Schutz der Sowjetunion. Das ging der örtlichen KPD-Leitung offenbar gegen den Strich, denn die Verteidigung der UdSSR ist von der KPD gepachtet, und sie gab prompt die Parole heraus, dieser Freidenkerveranstaltung fernzubleiben. Ob dies mit ihrer neuesten Fassung der Einheitsfrontparole zusammenhängt? Scheinbar. Wir sind allerdings derartige Blödsinnigkeiten gewöhnt und bedauern nur die Proleten, die dauernd so geduldig diese Parolenschusterei mitmachen. Der lachende Dritte dabei ist ständig nur einer: der Faschist . . .

Schneeberg-Neustädtel

Der Tatendrang der nationalsozialistischen „Uebermenschen" ist einfach unzähmbar. Wenn sie schon keine Marxisten in der Notwehr verprügeln können, dann hauen sie sich wenigstens selber. Die Deutsche Turnerschaft hat es als Ehre angesehen, recht viele Nazis in ihren Reihen zu haben. Dabei passierte es, daß sich bei einem Handballspiel der DT Neustädtel zwei SA-Sportler aus Aue derartig verdroschen, daß sie sanitäre Hilfe in Anspruch nehmen mußten! Auch eine Anzahl politisch braungefärbter Zuschauer beteiligte sich schließlich an der prächtigen Schwarterei. Das „Uebermenschentum" des neuen Deutschland ist wieder mal unter Beweis gestellt.

Falkenstein

Kürzlich wurde wieder einmal unser Zeitungskasten am Arbeitsamt beschädigt! Schon wiederholt ist unser Zeitungskasten demoliert worden. Befremdend ist, daß gerade immer unser Kasten das Objekt der Vernichtung wird, während die Kästen der SPD und KPD unberührt bleiben. Man kann fast annehmen, daß politische Nachbarn rechts oder links von uns die gemeine Tat vollbracht haben. Trotz alledem: Wir sagen weiter die Wahrheit und wenn es notwendig ist, werden wir unsern Zeitungskasten zu schützen wissen!

Mylau i. V.

Mitgliederversammlungen mit Kaffee und Kuchen, billigem Bier und Musik sind nicht geeignet, ein solides Fundament für ernsthafte Auseinandersetzungen abzugeben, die geführt werden müssen mit dem festen Willen, die Konsumgenossenschaft auch in der Sturmzeit der Krise zu einem Bollwerk der Arbeiterbewegung zu machen. Das sollte endlich einmal auch der Leitung des Konsumvereins zum Bewußtsein kommen. Aber es scheint, daß die Leitung ernsthafte Diskussionen gar nicht will. Schließlich klappt doch nicht alles so, wie es sein sollte: Als SAP-Genossenschaftler von der Leitung Aufschluß über die manchmal nicht einwandfreie Beschaffenheit des Brotes, über die Methoden bei Personaleinstellung (es ist doch schließlich nicht ganz in der Ordnung, wenn Leute direkt vom Kyffhäuserbund zu Angestellten der Genossenschaft werden) verlangten, da reagierten verschiedene Eisenfrontler mit Beschimpfungen, sprachen von „Spaltung", worauf es — trotz Kaffee und Kuchen — zu stürmischen Auseinandersetzungen kam. Der starke Beifall, den unsere Genossen erhielten, bewies, daß ihre Kritik verstanden wurde. Die Ausführungen des Geschäftsführers Dittrich in seinem Schlußwort lassen die Vermutung zu, daß er keineswegs das Zeug hat, den Geist in der Genossenschaft zu heben. Verlangt und von der Leitung auch zugesichert wurde schließlich eine reguläre Mitgliederversammlung mit Ausweiskarten, die in aller Kürze stattfinden soll und in der es nach den Ausführungen der Leitung „hart auf hart" gehen soll. Für uns gilt: Treu der Genossenschaft! Und deshalb hat jeder Genosse zu erscheinen und hat jeder Genosse seinen Bedarf restlos im Konsumverein zu decken. Unsere Kritik gilt dem Ausbau der Genossenschaft und der Abstellung der Mißstände, die sich da und dort zeigen!

Erfolgreiche Bildungsarbeit der SAP

Arbeitsgebiet Oberelbe. Ein Wochenendkursus tagte am 3. und 4. September im Naturfreundehaus Königstein, wo Gen. Melcher-Dresden über das Thema: Was trennt uns von der KPD? referierte. Auf Rädern, per Eisenbahn und sogar im Paddelboot erschienen die Genossinnen und Genossen, um in die Geschichte der Arbeiterbewegung und im Besonderen die der KPD einzudringen. Die von größter Sachkenntnis und reicher Erfahrung, auch über die internsten Angelegenheiten, getragenen Ausführungen ließen uns die grundsätzlichen Unterschiede zwischen SAP und KPD klar werden. Nicht allgemeine Redensarten über die Bruderpartei, sondern sachliches Wissen über deren Fehler soll unsere Wirkungsmöglichkeit im Proletariat steigern. Besucht war der Kursus von 51 Teilnehmern, darunter auch ein Teil vom SJV. Am Sonntag nachmittag, nach Schluß des Kursus, erstiegen wir den Lilienstein und fügten zu politischer Erkenntnis den freien Blick über die herrliche Bergwelt der Sächsischen Schweiz. Nach froher Geselligkeit trennte uns der Abend, doch mit dem Wunsche nach öfterer Fortsetzung.

Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit

DMV-Versammlung in Meißen

Anschließend an den Bericht vom Verbandstag des DMV in Dortmund setzte eine äußerst lebhafte Debatte ein, in der von fast allen Rednern die Ergebnisse und die Beschlüsse von Dortmund kritisiert, als ungenügend und teils als direkt unverständlich bezeichnet wurden. Das letztere gilt besonders für die Beschlüsse in der Gehalts- und Beitragsfrage, sowie in der weiteren Rechtloshaltung der erwerbslosen Mitglieder, die in keiner Weise den Forderungen der Mitgliedschaft entsprechen. Als direkt falsch bezeichnet wurde von Kollegen aller politischen Richtungen die Ablehnung der Verhältniswahl zu den Verbandstagungen und Körperschaften. Einstimmig fand eine Sympathie-Erklärung für die sächsischen Textilarbeiter Annahme, nachdem der letzte Satz herausgenommen war. Auch die vom Gen. Hofer (SAP) vorgelegte Entschließung wurde angenommen, die sich gegen das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und die ungeheuren Anschläge auf die Lebenshaltung der breiten Massen wendet und vom ADGB den sofortigen und entschiedenen Kampf gegen jede weitere Verelendung der Arbeiterklasse fordert.

Leipzig

Achtung! Der Zeitschriften-Vertrieb der SAP Leipzig befindet sich: Leipzig C 1, Emilienstraße 8 H. II.

SAZ., Kampfsignal, Rote Bücher, Klassenkampf dort erhältlich. Auf Bestellung jedes gewünschte proletarische Buch, sowie Zeitschriften. Sprechstunden: tägl. vorm. 10—12 Uhr, nachm. 4 bis 7 Uhr (außer Sonnabends).

Unterbezirkskonferenzen der SAP

Am Sonnabend, den 10. September, abends 19.30 Uhr, findet im Cainsdorfer Turnerheim eine

Konferenz der Gemeindevertreter und Ortsgruppenvorsitzenden des UB Zwickau-Crimmitschau

statt. Es wird pünktliches Erscheinen gefordert.

Für den Unterbezirk Erzgebirge wird für Sonntag, den 11. September, vorm. 8.30 Uhr, eine

Unterbezirkskonferenz

nach dem Restaurant Linde in Aue einberufen. Die Tagesordnung lautet:

1. **Rechtsstellung und Finanzlage der Gemeinden in der Niedergangsperiode des Kapitalismus. Ref.: Bürgermeister Gen. Möckel-Gelenau.**
2. **Allgemeines.**

Es muß jede Ortsgruppe vertreten sein, die zugesandten Mandate sind genau ausgefüllt mitzubringen.

Die Unterbezirksleitungen.

SAP

Planitz, SAP: Sonntag, 11. Sept., abends 19.30 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung. Ref.: voraussichtlich Gen. Schlosser-Klingenthal.

Plauen, SAP: Freitag, 16. Sept., abends 20 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Gen. Max Schlosser-Klingenthal spricht über die Bedeutung der Gemeindewahl.

Reichenbach und Schönbrunn, SAP: Sonnabend, 10. Sept., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof „Goldenes Herz" in Schönbrunn. Gen. Hacke-Plauen spricht. Abmarsch der Reichenbacher Genossinnen und Genossen 19 Uhr Annenplatz.

Klingenthal, Freidenker: Sonnabend, 10. Sept., 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Gen. Bellmann spricht über „Kulturreaktion und Freidenkerverband"

SJV

Leipzig, SJV: Sonnabend, 17. Sept., 20 Uhr, spricht im kleinen Saal des Sanssouci, Elsterstraße, Edith Baumann, Berlin, die erste Vorsitzende des SJV, anläßlich der ersten Bezirkskonferenz über „25 Jahre Jugendinternationale". Interessierte SAJ- und KJV-Genossen sind eingeladen.

Dresden

Kauft bei
Schuh-Oestreich
das billige Schuhhaus Dresdens
Verkaufsstellen:
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben Li-Mu

WOCHEN DES LACHENS
Monat September
Im BURGER-KASINO
Gastspiel
Wilhelm Schönig's Leipziger Elite-Sänger
„Eine Nacht bei Nudels"
Posse
1 Etage: Billardsaal Wenzel. Spezial-Ausschank Hofer Löwenbräu
Diese Woche NACHTBETRIEB bis 3 Uhr

Das gute Einfachbier
empfiehlt
Brauerei Großsedlitz

Radebeul

Kauft im **Textilgeschäft** der kleinen Preise
Anna Barthel
Bahnhofstraße 1a.

Reserviert
107

Alle Schuhreparaturen bei **Erich Gebauer**
RADEBEUL · Serkowitzer Str. 72 · Nizzastr. 44

Ballonfahrräder v. 55.- bis 90.- Mk., Mäntel v. 1.65 bis 4.50 Mk. Schläuche 0.75 bis 1.20 Mk. — Ersatzteile und Reparaturen
Fr. Philipp, Radebeul, Serkowitzer Str. 38

Kurbad Nizza-Bad
alle Bäder der Neuzeit. Elektr. Licht- u. Warmbäder, Kamillendampfbäder, Kamillen-Inhalation, Sauerstoffbäder, Kohlensäurebäder, Fichtennadelbäder, Warmbäder 1. u. 2. Klasse; Massage und Fußpflege auch außer dem Hause.
Fernruf 72066

Pirna

Bäckerei und Konditorei
Karl Gollmar — Steinplatz 14

Möbel
handwerksmäßig gediegene Arbeit. Lange Straße 15. Matthes.

Werbt Abonnenten!

Klingenthal i. Vgtl.

Schusters Restaurant
5 Minuten vom Bahnhof
Pächter Otto Meinel
Schön gelegen. Herrliche Waldumgebung. — Gesunde Zimmer. Musikalische Unterhaltung. Gutgepflegte Biere. Preiswerte Küche.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Heidenau

Heidenauer Hof, Inh. Ernst Taubert
Spezial-Ausschank — Bayr. Bier — Zeininger Kronenbräu
Vereinszimmer — Schattiger Garten
Jeden Sonnabend: **Schlachtfest.**
Verkauf ff. Wurstwaren auch über die Straße.

Sport-Walbert
Sportbekleidung u. Sportartikel für jeden Sport.

Kaufhaus Maximilian Reiner

Werbt Abonnenten!

PLANITZ

VOLKSFEST IN PLANITZ
Am Sonntag, den 11. September 1932 im Volkshauspark
Rummelwiese, Massenbetrieb, Kinderbelustigung, Glücksbuden
u. a. die beliebte Verlosung hausschlachteter Würste
Ab 15 Uhr: **GARTEN-FREIKONZERT** Jeder Besucher erhält ein Freilos
21 Uhr: Auslosung von 2 Gänsen
Ab 16 Uhr: **GROSSER VOLKSFESTBALL**
Volle Kapelle — Neueste Schlager

Volkshaus Planitz
Sonnabend, den 10. September 1932, 20 Uhr:
Großer Varieté-Abend
Auftreten der besten Artisten Deutschlands
Eintritt: Vorverkauf 50 Pfg., an der Kasse 60 Pfg., Erwerbslose 30 u. 40 Pfg.